



Das Spannungsverhältnis von Eigenverantwortlichkeit und Solidarität im Staatenbund der EU vor dem Hintergrund der Konstruktionsfehler des Eurosystems und des Dilemmas der strukturellen Divergenz der Kernmitgliedsländer

Antworten auf die elf Fragen des EU-Surveys zur wirtschaftspolitischen Steuerung auf EU-Ebene



Brüssel, 28.12.2021

DE

HAFTUNGSAUSSCHLUSS UND URHEBERRECHTSSCHUTZ

Dieses Dokument wurde im Auftrag von Gunnar Beck MdEP namens der Fraktion „Identität & Demokratie“ im EU-Parlament angefordert und soll als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt von Gunnar Beck MdEP oder der Fraktion „Identität & Demokratie“ im EU-Parlament.

Impressum



Aphorismus Institut (OÜ)
Sepapaja tn 6, 15551 Tallinn, Estonia
<https://aphorismus-institut.com/>
E-Mail: info@aphorismus-institut.com

Herausgeber:
André Piepenburg

Autor:
Dr. Daniel Hoffmann

Lektorat & Edition:
Alexander Bernhard

Über das Aphorismus Institut:

Das Aphorismus Institut besteht seit 2020 und ist ein Zusammenschluss freischaffender Wissenschaftler verschiedener Fachbereiche. Das Institut erstellt Studien, Diskussionsbeiträge und Analysen im Kundenauftrag (Auftragsforschung). Der Forschungsschwerpunkt liegt auf ökonomischen Fragestellungen mit Bezug zur Europäischen Union oder Entwicklungsländern mit besonderem Fokus auf Afrika.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1 Dreifache Sicherungs- und Überwachungsstruktur	4
1.2 Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung	5
2. Beantwortung der Fragen des EU-survey	6
2.1 Verbesserung des Rahmens	6
2.2 Sicherung von Nachhaltigkeit und Stabilisierung	7
2.3 Anreize für Reformen und Investitionen	9
2.4 Vereinfachung und transparentere Umsetzung	13
2.5 Konzentration auf dringende politische Herausforderungen	14
2.6 Lehren aus der RRF	17
2.7 Nationale finanzpolitische Rahmenregelungen	19
2.8 Wirksame Durchsetzung	20
2.9 Zusammenspiel von SGP und MIP	22
2.10 Die Dimension der Eurozone	24
2.11 Neue Herausforderungen durch die COVID-19-Krise	27
3. Zusammenfassung	31
4. Fazit	37
I. Abkürzungsverzeichnis	38
II. Abbildungsverzeichnis	40
III. Quellenverzeichnis	41
IV. Anlage	54

1. Einleitung

Im Jahr 2015 wurde im Rahmen des "Five-President-Reports" der "Fahrplan für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion"¹ ins Leben gerufen, nachdem 2012 im Rahmen des "Four-President-Reports" eine entsprechende Debatte angeregt wurde.² Bis 2025 sollen in drei Schritten³ die sog. Wirtschafts-, Finanz-, Fiskal- und Politische Union vollständig sein.⁴

Der EU-Rahmen für wirtschaftspolitische Steuerung unterlag in der Zeit verschiedensten Änderungen (vgl. hierzu Anlage I) und wurde seit 2010 durch die Instrumente des sogenannten Eurorettungsschirms ergänzt. Hierzu wurde eine dreifache Sicherungs- und Überwachungsstruktur implementiert.

1.1 Dreifache Sicherungs- und Überwachungsstruktur

Der EU-Rahmen für wirtschaftspolitische Steuerung umfasst (weit gefasst) eine dreifache Sicherungs- und Überwachungsstruktur, mit jeweiligen präventiven und korrektiven Instrumenten:

1. den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) mit dem übermäßigen Defizitverfahren (EDP⁵) und europäischem Semester,
2. das Makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren (MIP⁶) mit dem Übermäßigen Ungleichgewichtsverfahren (EIP⁷),
3. den ESM gekoppelt mit dem Eurosystem-Programm Outright Monetary Transactions (OMT) und inoffiziell mit der Geldlockerungspolitik der EZB.

¹ Europäische Kommission, Completing Europe's Economic and Monetary Union- policy package; https://ec.europa.eu/info/publications/economy-finance/completing-europes-economic-and-monetary-union-policy-package_en

² Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 28.11.2012, A Blueprint for a deep and genuine Economic and Monetary Union: Launching a European debate; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_12_1272

³ Europäische Kommission, Factsheet Completing Europe's economic and monetary union; https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/further-steps-completing-emu_en.pdf

⁴ Europäische Zentralbank EZB, ECB Occasional Paper, No. 160, Research Report The four unions "PIE" on the Monetary Union "CHERRY": a new index of European Institutional Integration; <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecbop160.en.pdf>

⁵ engl. Excessive deficit procedure

⁶ engl. Macroeconomic Imbalance Procedure

⁷ engl. Excessive Imbalance Procedure.

1.2 Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung

Am 5. Februar 2020 teilte die Europäische Kommission (KOM) mit, dass sie eine Debatte über die Überprüfung des Rahmens der EU für die wirtschaftspolitische Steuerung und insbesondere des SWP einleiten werde. Vor diesem Hintergrund wurde der Survey „Public debate on the review of the EU economic governance“ ins Leben gerufen.⁸ Dabei sind elf Fragen zu beantworten.⁹

Der vorliegende Diskussionsbeitrag soll mit seinen Antworten zu den einzelnen Fragen den Horizont der Debatte weiten. Ziel war es, die Ursachen der Probleme kenntlich zu machen und entsprechend nachhaltige Lösungen vorzuschlagen. Die Analyse setzt an der mangelnden Konvergenz und Regeleinhaltung an und entwickelt daraus konkrete Detailvorschläge für die einzelnen Teilbereiche.

⁸ Europäische Kommission, Economic governance review; https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/economic-governance-review_en

⁹ Europäische Kommission, Public debate on the review of the EU economic governance; <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Public-debate-on-the-review-of-the-EU-economic-governance#page0>

2. Beantwortung der Fragen des EU-survey

2.1 Verbesserung des Rahmens

Frage 1: Zunächst stellt sich die zentrale Frage, wie der Rahmen verbessert werden kann, um nachhaltige öffentliche Finanzen in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten und dazu beizutragen, bestehende makroökonomische Ungleichgewichte zu beseitigen und das Entstehen neuer Ungleichgewichte zu vermeiden?

Antwort: Um diese und die nachfolgenden Fragen beantworten zu können, ist es zunächst notwendig, sich den Zweck der wirtschaftspolitischen Steuerung auf EU-Ebene und deren Entwicklung zu vergegenwärtigen. Die wirtschaftspolitische Steuerung auf EU-Ebene (kurz: wirtschaftspolitische Steuerung) ist eng verbunden mit der Wirtschafts- und Währungsunion (dt. WWU, engl. EMU).

Mit der Unterschrift zum Maastricht-Vertrag verpflichteten sich 1992 die Mitgliedstaaten der Europäischen Union außer Dänemark eine gemeinsame Währung im Rahmen des Eurosystems bzw. im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) einzuführen und als Voraussetzung die Konvergenzkriterien von max. 60 Prozent Schuldenstandquote zum BIP sowie ein gesamtstaatliches Defizit von max. 3 Prozent des BIP einzuhalten.

Auf diese Weise sollte, wie bereits in den 1970er Jahren vom Grundsatz angedacht¹⁰, zusammen mit den europäischen Kohäsionsfonds jene Konvergenz¹¹ der verschiedenen Wirtschaftsräume herbeigeführt werden, die notwendig ist, um einen funktionsfähigen, an den Maßstäben des Deutsche-Mark-Blocks Geldwertstabilität und wirtschaftlichen Wohlstand gewährleistenden Währungsraum zu bilden.¹²

Doch von Anfang an war der Regelbruch und die Manipulation der Einhaltung der Kennziffern eher Regel als Ausnahme und auch politisch breit gedeckt. Seit Einführung des Euro im Jahr 1999 wurden die Regeln laut Bundesrechnungshof (Stand 11.03.2021) vielfach verfehlt, bei der Schuldenstandsquote in weit mehr als der Hälfte der Fälle (59 %) und bei der Defizitquote in 109 Fällen

¹⁰ Rat der Europäischen Gemeinschaften, Entscheidung des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel, 18.2.1974 (74/120/EWG)

¹¹ Hoyo/ Dorrucci/ Heinz/Muzikarova, 2017, Real Convergence in the Euro Area: A Long-term Perspective, Frankfurt a.M.: European Central Bank (ECB), Dezember 2017 (ECB Occasional Paper Series, Nr. 203); <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecb.op203.en.pdf>.

¹² Committee for the Study of Economic and Monetary Union, Report on Economic Monetary Union in the European Community [»Delors Report«], Luxemburg, 12.4.1989, S. 28.

(40 %), davon in 13 Fällen über drei oder mehr Jahre in Folge. In keinem der Fälle sprach der Rat eine Sanktion aus.¹³ Bis 2018 stellte es sich wie folgt dar:

	Defizit-Regel	Regel zum strukturellen Haushaltssaldo	Schuldenregel	Grenze für öffentl. Ausgaben	Einhaltung insgesamt
EU-28	64%	49%	72%	42%	57%
Euro-Zone-19	64%	46%	64%	40%	54%

Abbildung 1: Einhaltung der EU-Fiskalvorschriften 1998-2018 (in % der Mitgliedstaaten)¹⁴

An der Konvergenz- und Regeleinhaltungsfrage gilt es anzusetzen, wie in den Antworten zu den fortfolgenden Fragen ausgeführt.

2.2 Sicherung von Nachhaltigkeit und Stabilisierung

Frage 2: Wie kann eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik gewährleistet werden, die die langfristige Tragfähigkeit sichert und gleichzeitig eine kurzfristige Stabilisierung ermöglicht?

Antwort: Im Zuge der Griechenlandkrise 2010 wurde vertieft bekannt, wie die griechische Regierung sich den Zugang zur Europäischen Währungsunion durch Zahlentricksereien und Umgehungsgeschäfte¹⁵ erschlich¹⁶ und später versuchte die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes weiter durch Statistikmanipulationen „einzuhalten“.¹⁷ Im Zuge der globalen

¹³ Bundesrechnungshof, 11.03.2021, Bericht nach § 99 BHO zu den möglichen Auswirkungen der gemeinschaftlichen Kreditaufnahme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den Bundeshaushalt (Wiederaufbaufonds), S.30.

¹⁴ CEP Centrum für Europäische Politik, cep Input Nr. 14 | 2020, Wie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine solide Fiskalpolitik fördern kann, S.6; <https://www.cep.eu/eu-themen/details/cep/wie-eine-reform-des-stabilitaets-und-wachstumspakts-eine-solide-fiskalpolitik-foerdern-kann-cepinput.html>

¹⁵ Süddeutsche-Zeitung, 19.05.2010, Statistik-Skandal Griechen schummelten sich in Währungsunion; <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/statistik-skandal-griechen-schummelten-sich-in-waehrungsunion-1.918589>

¹⁶ WELT, 17.03.2015, In drei Tagen sucht der Goldman-Pakt Griechenland heim; <https://www.welt.de/wirtschaft/article138502753/In-drei-Tagen-sucht-der-Goldman-Pakt-Griechenland-heim.html>;

Wirtschaftswoche, 16.07.2015, Was wusste Draghi von dem Deal?; <https://www.wiwo.de/unternehmen/banken/europaeische-zentralbank-was-wusste-draghi-ueber-den-griechen-deal-von-goldman-sachs/12065928.html>

¹⁷ WELT, 16.05.2017, „Politisches Instrument“ - EU-Beamter rechnet gnadenlos mit griechischer Statistik ab; <https://www.welt.de/wirtschaft/article164623921/EU-Beamter-rechnet-gnadenlos-mit-griechischer-Statistik-ab.html>

Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 rächten sich die Nachsichtigkeiten (wie auch in Antwort auf Frage 1 ausgeführt) bei der Durchsetzung des SWP. Viele Mitgliedstaaten erwiesen sich finanzwirtschaftlich und fiskalisch selbstverschuldet nicht in der Lage, den Auswirkungen des Zusammenbruchs der sog. internationalen Finanzmärkte – insbesondere der Offshore-Dollar-Geldmärkte („Eurodollarmärkte“) im Finanzzentrum London – standzuhalten. Dies, obwohl die Instabilitäten des „Offshore-Dollar-Systems“¹⁸, welches das Bretton-Woods-System ablöste, spätestens seit den 1970er Jahren u.a. auf G7-Ebene¹⁹ und in der Finanzwissenschaft bekannt waren.²⁰

Die Regelungebundenheit²¹ hatte Moral Hazard („To-big-to-fail“-Falle) nach der Handlungsmaxime „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ zur Folge. Auch aktuell dringen fortgesetzte²² Manipulationsversuche ans Licht der Öffentlichkeit. Die Europäische Statistikbehörde musste erst kürzlich Spanien dazu zwingen, die Verluste seines Bankenabwicklungsfonds SAREB in Höhe von 35 Mrd. Euro auf den nationalen Schuldenstand anzurechnen.

Innerhalb der Eurozone (und darüber hinaus) begann ein Teufelskreis zwischen Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise und führte zum Eurorettungsschirm aus IWF, EFSM/EFSF/ESM kollusiv flankiert durch OMT und QE der EZB sowie zur Bankenunion (SSM, SRM) und der Bankenabwicklungsrichtlinie BRRD (Haftungskaskade, Bail-In-Rule, etc.), abgeleitet aus den Überlegungen der G20-Weltfinanzgipfel.²³ Der ökonomisch sinnvolle Austritt Italiens und

¹⁸ Vgl. Murau / Rini / Haas, 2019, The evolution of the Offshore US-Dollar System: past, present und four possible futures, Cambridge University Presse, Journal of Institutional Economics (2020), 16, S.767-783; <https://www.cambridge.org/core/journals/journal-of-institutional-economics/article/evolution-of-the-offshore-usdollar-system-past-present-and-four-possible-futures/B36ED9082CECE54F3F5B8E8F40D15148>

¹⁹ Die Bundesregierung, G7; https://www.g7germany.de/Webs/G7/DE/G7-Gipfel/Geschichtlicher-Ueberblick/geschichtlicher-ueberblick_node.html

²⁰ Abelshauser, W., 2009, Aus Wirtschaftskrisen lernen – aber wie? Krisenszenarien im Vergleich, Institut für Zeitgeschichte, VfZ 4/2009 Jahrgang 57 (2009), Heft 4, S. 474f; https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4_1_abelshauser.pdf

²¹ Spiegel, 15.11.2004, Beitrittsbetrug - Griechenland kommt ungeschoren davon; <https://www.spiegel.de/wirtschaft/beitrittsbetrug-griechenland-kommt-ungeschoren-davon-a-328030.html>

²² „Eurostat would like to recall that, in case the Spanish authorities decide to reclassify SAREB backwards from its inception in S.1311, losses would be recorded, in national accounts, when realised, and the government deficit would be impacted every year following the incurred losses. The total government debt would be increased in 2012 by roughly 51 billion euro and it would be reduced over time to 35.4 billion in 2020, with a descending trajectory.“ Eurostat, 16.02.2021, Sector classification of the Sociedad de activos de Reestructuración (SAREB); <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/1015035/12427511/Spain+sector+classification+of+SAREB.pdf#:~:text=Eurostat%20considers%20that%20SAREB%20should%20be%20re-classified%20inside,analysed%20in%20line%20with%20the%20ESA%202021%20rules.>

²³ Financial Stability Board FSB, 2009, Report of the Financial Stability Board to G20 Finance Ministers and Governors, Progress since the Pittsburgh Summit in Implementing the G20 Recommendations for Strengthening Financial Stability; https://www.fsb.org/wp-content/uploads/r_091107a.pdf

Griechenlands aus dem Euro wurde 2011 jedoch politisch verhindert.²⁴ Bei der Konzeption des Euros wurde nicht auf die Krönungstheorie zurückgegriffen, die besagt, dass nach erfolgter Konvergenz die Krönung durch eine gemeinsame Währung (gemäß den Kriterien optimaler Währungsräume nach Mundell) vorgenommen werden kann.²⁵ Stattdessen wurde auf die Fundament- resp. Lokomotivtheorie gesetzt, die besagt, dass die Währungsunion eines zunächst inhomogenen Währungsraumes die Notwendigkeiten schafft, dass die Mitgliedstaaten die gewünschte Konvergenz nachträglich herbeiführen. Dies hat sich als großer Irrtum erwiesen. Die Einführung des Euros hat zu verstärkter Divergenz und makroökonomischen Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone geführt.²⁶

Demnach ist über eine Neukonzeption des Eurosystems und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) im Sinne der Krönungstheorie nachzudenken, wie in den Antworten zu den fortfolgenden Fragen ausgeführt.

2.3 Anreize für Reformen und Investitionen

Frage 3: Welche Rolle sollte der EU-Überwachungsrahmen spielen, wenn es darum geht, Anreize für die Mitgliedstaaten zu schaffen, damit sie wichtige Reformen und Investitionen durchführen, die zur Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen von heute und morgen erforderlich sind, und gleichzeitig die Risiken für die Tragfähigkeit der Verschuldung zu minimieren?

Antwort: Die europäischen Nationen sind wirtschaftlich und kulturell sehr verschieden²⁷, wie z.B. der Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Deutschland zeigt.²⁸ Eingezwängt in das „monetäre

²⁴ Vgl. Sinn, H.W., 2021, Die wundersame Geldvermehrung – Staatsverschuldung, Negativzinsen, Inflation, 1. Auflage, Herder-Verlag: Breisgau, S.69f

²⁵ Deutsche Bundesbank, 15.09.2016, Rede beim Institut Ökonomie der Zukunft von Bundesbankpräsident Jens Weidmann: Wunsch und Wirklichkeit: Die Lage in der Europäischen Währungsunion, 15.09.2016, Karlsruhe; <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/wunsch-und-wirklichkeit-die-lage-in-der-europaeischen-waehrungsunion-665036>

²⁶ Stiftung Wissenschaft und Politik SWP, SWP-Studie 2018/S 25, Dezember 2018; Deutschland, Frankreich und Italien im Euroraum, Ursprünge, Merkmale und Folgen der begrenzten Konvergenz; <https://www.swp-berlin.org/publikation/euroraum-begrenzte-konvergenz/>

²⁷ Rosefielde, B. Steven, Comparative Economic Systems. Culture, Wealth, and Power in the 21st Century, Malden, Mass.: Blackwell, 2002; Bruno Amable, The Diversity of Modern Capitalism, Oxford/New York: Oxford University Press, 2003; Beáta Farkas, Models of Capitalism in the European Union. Post-crisis Perspectives, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2016.

²⁸ Stiftung Wissenschaft und Politik SWP, SWP-Studie 2018/S 25, Dezember 2018; Deutschland, Frankreich und Italien im Euroraum, Ursprünge, Merkmale und Folgen der begrenzten Konvergenz; <https://www.swp-berlin.org/publikation/euroraum-begrenzte-konvergenz/>

Zwangskorsett“ des Euros hat sich daraus eine verstärkte Divergenz ergeben, die sich auch nicht durch „mehr Europa“ überwinden lässt. Die Schaffung einer Transferunion²⁹ und die Aufgabe der nationalen Souveränitäten zugunsten eines EU-Bundesstaates gefährden den Zusammenhalt der EU, wie u.a. das Beispiel Großbritanniens, Griechenland³⁰ und die abneigende Haltung der sog. „Sparsamen Vier“³¹ und breiter Teile u.a. auch der deutschen und französischen Bevölkerung zeigt.

Die Entwicklung des EU-Überwachungsregimes trug im Wesentlichen dem Ausbleiben der Konvergenz respektive der sich verstärkenden Divergenz Rechnung.³² Nachdem es 2004 zum Rechtsstreit zwischen dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) und der Kommissionen wegen der SWP-Verstöße von Frankreich und Deutschland kam wurde der SWP aufgeweicht, der sog. „One-size-fits-all“-Ansatz wurde fallen gelassen. Das Europäische Semester wurde 2010 eingeführt, gefolgt vom sog. Six-Pack³³ und dem Makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren (MIP) in 2011³⁴, dem Fiskalpakt im Jahr 2012 sowie dem „Two-Pack“ von 2013. Dies geschah im Zuge der eskalierenden Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise parallel zur Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Bankenunion mit der Einheitlichen Europäischen Bankenaufsicht (SSM) und dem Einheitlichen Abwicklungsausschuss (SRB) für Banken.³⁵

Im Gegenzug wurde 2015 der sog. „Fahrplan für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion“³⁶ im Rahmen des „Five-President-Reports“ ins Leben gerufen, nachdem 2012 im Rahmen des „Four-

²⁹ Straubhaar, T./ Winkeljohann, N., 2013, Chancen und Risiken einer Transferunion, HWWI / PwC Studienreihe Politik und Wirtschaft – Der Euro in der Krise; https://www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/assets/pwc_studie_chancen_und_risiken_einer_fiskalunion.pdf

³⁰ Tagesspiegel, 02.02.2015, Die Troika und Griechenland - Feind statt Retter, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-troika-und-griechenland-feind-statt-retter/11317746.html>

³¹ Neue Zürcher Zeitung NZZ, 15.07.2020, Die «sparsamen Vier» gegen Macron und Merkel: Was treibt diese Länder an?; <https://www.nzz.ch/international/die-sparsamen-vier-in-der-eu-gegen-macron-und-merkel-ld.1566457?reduced=true>

³² Europäische Kommission, Timeline: The Evolution of EU Economic Governance; https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/timeline-evolution-eu-economic-governance_de

³³ EUR-Lex, Requirements for Euro area countries' budgets; <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:ec0021>

³⁴ Europäische Kommission, Das Europäische Semester; https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/european-semester_de

³⁵ Europäische Union, Einheitlicher Abwicklungsausschuss (SRB); https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/institutions-and-bodies-profiles/srb_de

³⁶ Europäische Kommission, Completing Europe's Economic and Monetary Union- policy package; https://ec.europa.eu/info/publications/economy-finance/completing-europes-economic-and-monetary-union-policy-package_en

President-Reports“ eine entsprechende Debatte angeregt wurde.³⁷ Bis 2025 sollen in drei Schritten³⁸ die sog. Wirtschafts-, Finanz-, Fiskal- und Politische Union vollständig³⁹ sein. So sollte z.B. zwischen 2019-2025 eine „voll funktionsfähige Stabilisierungsfunktion“ implementiert und die dritte Säule der Bankenunion – die Einheitliche Einlagensicherung (EDIS) – ungesetzt werden.⁴⁰ Diese Vorschläge, wie sie 2017 vom französischen Präsidenten Macron in seiner Sorbonne-Rede⁴¹ nochmals konkretisiert wurden, werden - abgesehen von der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – wie im Folgenden dargestellt nicht gebraucht.

Rechtlich fragwürdig, weil der unerlaubten monetären Staatsfinanzierung sehr nahekommend, wurden all diese Maßnahmen durch Staats- und Unternehmensanleihekäufe in Billionenhöhe durch die EZB respektive das Eurosystem flankiert.⁴² Es wurde laut Deutscher Bundesbank Zeit für strukturelle Veränderungen in den fiskalisch und wirtschaftlich schwachen Ländern gekauft, diese jedoch nicht ausreichend genutzt.⁴³ Stattdessen führte die Nullzinspolitik zur fiskalischen Repression⁴⁴ und zur fiskalischen Dominanz⁴⁵ der Geldpolitik.

³⁷ Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 28.11.2012, A Blueprint for a deep and genuine Economic and Monetary Union: Launching a European debate; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_12_1272

³⁸ Europäische Kommission, Factsheet Completing Europe's economic and monetary union; https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/further-steps-completing-emu_en.pdf

³⁹ Europäische Zentralbank EZB, ECB Occasional Paper, No. 160, Research Report The four unions "PIE" on the Monetary Union "CHERRY": a new index of European Institutional Integration; <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecbop160.en.pdf>

⁴⁰ https://ec.europa.eu/info/publications/completing-europes-economic-and-monetary-union-factsheets_en

⁴¹ Macron, E., 2017, Sorbonne-Rede; <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspraesident-Macron-im-Wortlaut>

⁴² Europäische Zentralbank EZB, Asset purchase programmes; <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/app/html/index.en.html>

⁴³ Deutsche Bundesbank, 27.02.2015, Weidmann: „Einige Regierungen haben die Zeit nicht genutzt“; <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/-einige-regierungen-haben-die-zeit-nicht-genutzt--664358>

⁴⁴ Homburg, S./ Mayer, T., et al, 2013, Finanzielle Repression – ein Instrument zur Bewältigung der Krisenfolgen?, Wirtschaftsdienst 93. Jahrgang · November 2013 · Heft 11; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2013/heft/11/beitrag/finanzielle-repression-ein-instrument-zur-bewaeltigung-der-krisenfolgen.html>

Zimmermann, G./ Baier, F., 2012, Financial Repression – Ein neues Umfeld für die Finanzmärkte?, Wirtschaftsdienst, 92. Jahrgang · September 2012 · Heft 9; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2012/heft/9/beitrag/financial-repression.html>

⁴⁵ Heinemann / Kemper, 2021, The ECB Under the Threat of Fiscal Dominance – The Individual Central Banker Dimension; https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/ZEW_Fiscal%20Dominance_20210906.pdf;

Börsenzeitung, 29.06.2021, BIZ warnt vor fiskalischer Dominanz - Borio: Es droht politischer Druck auf Zentralbanken; <https://www.boersen-zeitung.de/biz-warnt-vor-fiskalischer-dominanz-a89f1c20-d8d8-11eb-a47c-3500cfff66eb5>;

Olivier Jeanne, Hou Wang, August 2012, Fiscal Challenges to Monetary Dominance, Johns Hopkins University; https://www.banque-france.fr/sites/default/files/media/2017/06/06/01_jeanne.pdf

Es besteht eine dreifache Sicherungs- und Überwachungsstruktur, mit jeweiligen präventiven und korrektiven Instrumenten:

1. den SWP mit EDP und europäischem Semester,
2. den MIP mit EIP und
3. den ESM gekoppelt mit dem OMT-Programm des Eurosystems.

Das Eurosystem ist darüber hinaus durch seine Anleihekäufe und laxen Sicherheitenpolitik faktisch zur „Bad Bank“ der Eurozone geworden.⁴⁶ Die konsequente rechtsgemäße Anwendung des Fiskalpaktes sowie der Hilfsinstrumente des Eurosystems (OMT, ELA) und des ESM⁴⁷, der auch vorsorgliche wenig konditionierte Hilfen bereithält, reichen grundsätzlich aus, um notleidenden bzw. potenziell notleidenden EU-Mitgliedsstaaten unter angemessenen Auflagen zu helfen und ihnen die fiskalischen Spielräume zur Bewältigung der Zukunftsherausforderungen zu verschaffen bzw. sich diese unter Wahrung des Prinzips von Herrschaft und Haftung zu bewahren.

Daneben sollte es im Sinne der Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zum Ausstieg aus dem Eurosystem ggf. mit übergangserleichternden Überbrückungshilfen im Sinne der Solidarität der Gemeinschaft geben. Darüber hinaus bedarf es einer einheitlichen europäischen Staatsinsolvenzordnung.

Programmländer (wie z.B. Griechenland) werden nicht vom MIP erfasst, da sie im Rahmen der Finanzhilfen bereits unter gesamtwirtschaftlicher Überwachung stehen. Demnach gibt es auch keine Kollision zwischen ESM und MIP.

Bank for International Settlements BIS, 2012, BIS Papers No 65, Threat of fiscal dominance?, <https://www.bis.org/publ/bppdf/bispap65.pdf>

Deutsche Bundesbank, 19.11.21, Weidmann: Geldpolitik muss eigene Grenzen erkennen und respektieren; <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/weidmann-geldpolitik-muss-eigene-grenzen-erkennen-und-respektieren-880236>

⁴⁶ Murswiek, 2015, Rechtsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Das ABS-Ankaufprogramm der EZB - Ist das Asset-Backed Securities Purchase Programme (ABSPP) vom geldpolitischen Mandat der EZB gedeckt?; https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Gutachten_Stiftung_Familienunternehmen_Das_ABS-Ankaufprogramm_der_EZB.pdf

⁴⁷ Matthes, J., Januar 2021, Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus – eine Einordnung, Wirtschaftsdienst 101. Jahrgang, Januar 2021, Heft 1; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2021/heft/1/beitrag/reform-des-europaeischen-stabilitaetsmechanismus-eine-einordnung.html>

2.4 Vereinfachung und transparentere Umsetzung

Frage 4: Wie kann man den EU-Rahmen vereinfachen und die Transparenz seiner Umsetzung verbessern?

Antwort: Der SWP⁴⁸ ist für die Öffentlichkeit meist nicht nachvollziehbar.⁴⁹

Er ist zu komplex, denn er hat

1. zu viele Ziele
2. nicht direkt beobachtbare Variablen und
3. zu viele Ausnahmen.⁵⁰

So stützen sich die Berechnung des strukturellen Haushaltssaldos sowie der fiskalischen Maßnahmen zur Einhaltung der Schulden- und Defizitobergrenzen auf Prognosen und weitere nicht direkt beobachtbare Variablen, deren Schätzung oft mit "massiven Fehlern und Revisionen behaftet" ist.⁵¹ Dies ermöglicht es Defizitländern durch Debatten über die Schätzungen Defizitverfahren zu entgehen bzw. die Kommission vor der eigenen Öffentlichkeit zu diskreditieren.⁵²

Die Quantifizierung von zulässigen, vorübergehenden Abweichungen von den Regeln ist dann erlaubt, wenn besondere Umstände vorliegen, und erfolgt nur im Einzelfall. So können Mitgliedstaaten z.B. auf die Strukturreformklausel zurückgreifen, um von ihrem mittelfristigen Haushaltsziel (MTO) abzuweichen.⁵³ „Die Mitgliedstaaten haben diese Möglichkeit, da sich die Kommission – zumindest teilweise – auf von den Mitgliedstaaten bereitgestellte Informationen stützen muss.“⁵⁴

⁴⁸ Europäische Kommission, Vade Mecum on the Stability & Growth Pact – 2018 Edition; https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/ip075_en.pdf

⁴⁹ Europäischer Finanzrat, Annual report 2019, S. 35-37.

⁵⁰ Darvas Z., Martin P., Ragot X., 2018, European fiscal rules require a major overhaul, Bruegel Policy Contribution Issue 18, S. 4; https://www.bruegel.org/wp-content/uploads/2018/10/PC-18_2018.pdf

⁵¹ Europäisches Parlament – EGOV, 2020, Potential output estimates and their role in the EU fiscal policy surveillance – February 2020; [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/574407/IPOL_BRI\(2016\)574407_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/574407/IPOL_BRI(2016)574407_EN.pdf)

⁵² Gasparotti, A./ Kullas M., 2020, ceplnput, Nr. 14 | 2020, Wie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine solide Fiskalpolitik fördern kann, S.7; https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Studien/ceplnput_Stabilitaets-und_Wachstumspakt/ceplnput_Wie_eine_Reform_des_Stabilitaets-und_Wachstumspakts_eine_solide_Fiskalpolitik_foerdern_kann.pdf

⁵³ Schout A., und Padberg C., 2019, Monitoring and enforcement in the European Union: towards a multilevel subsidiarity based independent governance model – the case of the Stability and Growth Pact, Clingendael Policy

⁵⁴ Gasparotti, A./ Kullas M., 2020, ceplnput, Nr. 14 | 2020, Wie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine solide Fiskalpolitik fördern kann, S.7.

Die Glaubwürdigkeit des SWP ist in Frage gestellt, wenn die Beurteilung, ob ein Mitgliedstaat die SWP-Regeln einhält, im Ermessen der EU-Kommission liegt und diese Beurteilung für Dritte nicht vorhersehbar und nachvollziehbar ist.⁵⁵

Daher sollte es 1. nur noch ein Ziel geben, welches Ausgaben- und Schuldenkonsolidierungsregel verbindet, und auf die Schuldentragfähigkeit ausgerichtet ist, 2. weniger nicht beobachtbare Variablen geben, 3. auf eine allgemeine Ausnahmeklausel ausgewichen und 4. eine unabhängige Bewertungsstelle, ähnlich dem Stabilitätsrates in Deutschland⁵⁶, eingerichtet werden.⁵⁷

Darüber hinaus könnten bei Einhaltung des Konsolidierungspfades jährliche Konsolidierungshilfen aus dem EU-Haushalt bereitgestellt werden. Dazu könnten gegebenenfalls nicht abgerufene Gelder aus dem NGEU oder Haushaltsreste aus dem EU-Haushalt verwendet werden, in dem sie zu diesem Zweck einem zweckgebundenen Konsolidierungsunterstützungsfonds zugeführt werden.

Die Anhebung der Schuldenobergrenzen führt nicht zu dauerhaft tragfähigen Haushalten und ist selbst vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Notlage nicht notwendig.⁵⁸

2.5 Konzentration auf dringende politische Herausforderungen

Frage 5: Wie kann sich die Überwachung auf die Mitgliedstaaten mit den dringlichsten politischen Herausforderungen konzentrieren und einen qualitativ hochwertigen Dialog und Engagement gewährleisten?

Antwort: Die Defizitziele des SWP ergänzt um – wie in Frage 4 erläutert – vereinfachten Unterziele des Rahmens sollten als einfache primäre operative Steuerungsgrößen dienen. Das MIP wiederum soll der strategischen Frühaufklärung der makroökonomischen Rahmenbedingungen der angestrebten

⁵⁵ Ebenda, S.7.

⁵⁶ Stabilitätsrat; https://www.stabilitaetsrat.de/DE/Home/home_node.html

⁵⁷ Gasparotti, A./ Kullas M., 2020, cepInput, Nr. 14 | 2020, Wie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine solide Fiskalpolitik fördern kann, S.10.

⁵⁸ Gros/ Corti, 2021, CEPS Policy Insights, No 2021-14 / October 2021, Fiscal rules in a post-Covid brave new world; https://www.ceps.eu/wp-content/uploads/2021/10/PI2021-14_Fiscal-rules-in-a-post-Covid-brave-new-world.pdf

Spiegel, 14.12.2021, Widerstand gegen Reform der EU-Schuldenregeln - Warum die Ampel jetzt geduldig sein sollte; <https://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-fiskalpakt-warum-die-ampel-jetzt-geduldig-sein-sollte-kolumne-a-8f913d8f-3cff-480e-ab65-0b38781e05a6>;

nachhaltigen öffentlichen Finanzen und Konvergenz innerhalb der Eurozone und Kohäsion innerhalb der gesamten EU dienen.

Falls Länder durch grob fahrlässiges und gar vorsätzliches Verhalten die Stabilität des Eurosystems untergraben oder den ökonomischen Stabilitätszielen der EU entgegenstehen, sollte der Kommission und dem Rat die Möglichkeit gegeben werden, diese Länder aus der Eurozone oder im Ultima-Ratio-Fall aus der EU nach klar definierten Regeln auszuschließen.

Falls das Eurosystem sich ohne Einführung einer Transferunion, z.B. via Eurobonds i.V.m. mit dauerhaftem NGEU, als nicht tragfähig erweisen sollte, sollte dieses reformiert werden, z.B. durch Schaffung mehr als einer Gemeinschaftswährung, die nun jeweils homogene Währungsräume umfassen und an den geldpolitischen Ursachen der makroökonomischen Ungleichgewichte ansetzen.

Bereits im Zuge der Verhandlungen zum Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 -2027 (MFR 21-27) wurde über den Sinn und den Zweck sowie die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik⁵⁹ im Allgemeinen und der Kohäsionsfonds im Speziellen und deren Kürzung und ggf. Umwidmung nachgedacht⁶⁰, denn sie haben offensichtlich ihre Ziele verfehlt⁶¹ und nicht zu mehr Kohäsion in der EU respektive mehr Konvergenz in der Eurozone geführt⁶², wie u.a. die Beispiele Griechenland, Portugal, Spanien und Italien demonstrieren.⁶³ So wurde mit „dem Lissabon-Prozess und der Europa-2020-Strategie die

⁵⁹ „Zur Terminologie: Gemäß Artikel 174 des AEUV verfolgt die EU eine Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, man spricht daher auch von der Kohäsionspolitik. Weil die Instrumente dieser Politik herkömmlicherweise zu den Strukturpolitiken der EU gerechnet wurden [...], wird der Ausdruck Strukturpolitik oft synonym verwendet. Schließlich ist auch häufig von Regionalpolitik die Rede, um die regionale Komponente hervorzuheben [...] Eine „gewisse terminologische Unsicherheit“ lässt sich nicht leugnen (ebenda). Wichtige

Instrumente der Kohäsionspolitik sind die Strukturfonds (EFRE, ESF und ELER) sowie der Kohäsionsfonds. Die Verordnung 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (EP, 2013a) enthält gemeinsame Bestimmungen zum EFRE, zum ESF, zum KF, zum ELER und zum EMFF, die dort als Europäische Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) bezeichnet werden. Weil Artikel 174 AEUV ausdrücklich die ländlichen Gebiete benennt, wird in dieser Analyse auch die sogenannte zweite Säule der Agrarpolitik, die landwirtschaftliche Strukturpolitik (ELER), zur Kohäsionspolitik gerechnet – soweit dies möglich ist.“

Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, 2018, IW-Analysen 121, Kohäsionspolitik in der Europäischen Union - Bestandsaufnahme und Neuorientierung Berthold Busch, S.8; https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Analysen/PDF/2018/IW-Analyse_121_Kohaesionspolitik_in_der_EU.pdf

⁶⁰ Ebenda, S.42ff.

⁶¹ „Eine wichtige Änderung setzte mit der Förderperiode 2007 bis 2013 ein. Die Kohäsionspolitik wurde an den Zielen der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet [...]. Nach dieser Strategie sollte die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden.“ Ebenda, S.21.

⁶² Ebenda, S.24ff.

⁶³ Ebenda, S.15f.

strukturpolitischen Instrumente stärker zu einer Politik der allgemeinen Investitionsförderung umgebaut – und vom Prinzip sind alle Regionen förderfähig.“⁶⁴ Daneben hat die EU im Jahr 2015 mit der EFSI-Verordnung ein neues Instrument zur allgemeinen Förderung von Investitionen und Wachstum geschaffen. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik durch die Hintertür sollte es jedoch nicht geben. Makroökonomische Konditionalitäten für die Kohäsionspolitik sind daher kritisch zu betrachten, zumal, „wenn die Regionen für etwas verantwortlich gemacht würden, was der Zentralstaat verantworten muss.“⁶⁵

Die Kommission kann bereits jetzt nach Art. 23 Abs. 1 der VO 1303/2013⁶⁶ einen Mitgliedstaat unter besonderen Bedingungen zur Überarbeitung seiner Partnerschaftsvereinbarung und der jeweiligen Programme auffordern.⁶⁷ Des Weiteren ist sie nach Abs. 9 in bestimmten Fällen gehalten, dem Rat vorzuschlagen, Mittelbindungen oder Zahlungen für die Programme eines Mitgliedstaates teilweise oder vollständig auszusetzen.⁶⁸ Eine positive Konditionalität gibt es bereits.⁶⁹

⁶⁴ Ebenda, S.48f.

⁶⁵ „Selbst wenn es gute Gründe dafür gibt, die Mitgliedstaaten mithilfe der makroökonomischen Konditionalitäten dazu zu veranlassen, sich an die selbst gesetzten Regeln zu halten, wäre es für die Kohäsion in der EU schädlich, wenn die Regionen für etwas verantwortlich gemacht würden, was der Zentralstaat verantworten muss. Deshalb ist hier Vorsicht geboten.“ Ebenda, S.49.

⁶⁶ Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates, in: Amtsblatt der EU, Nr. L 347, 20.12.2013, S. 320–4

⁶⁷ „In der Partnerschaftsvereinbarung sind Strategie, Prioritäten und Vorkehrungen eines Mitgliedstaates für die effiziente und wirksame Nutzung der Fonds beschrieben. Eine Aufforderung kann unter anderem erfolgen, um die Durchführung länderspezifischer Empfehlungen oder Maßnahmen zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte zu unterstützen. Sofern der betreffende Mitgliedstaat keine entsprechenden Maßnahmen ergreift, kann die Kommission Sanktionen vorschlagen.“ Ebenda, S.27f.

⁶⁸ „Dazu gehören unterbliebene Maßnahmen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit und in einer fortgeschrittenen Stufe im Rahmen des Verfahrens zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte.“ Ebenda, S.28

⁶⁹ „Eine bereits heute mögliche positive Konditionalität, die an die Erreichung von Zielen im Rahmen der Förderprogramme gebunden ist, existiert in Form der leistungsgebundenen Reserve in Höhe von 6 Prozent für jeden Mitgliedstaat beim Ziel Investitionen und Beschäftigung [...]. Im Jahr 2019 wird die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten überprüfen, inwieweit diese Etappenziele erreicht wurden. Schon heute ist außerdem die Möglichkeit gegeben, dass Mitgliedstaaten mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten Zahlungen erhalten, die um 10 Prozentpunkte über den jeweils geltenden Kofinanzierungssätzen liegen [...]; unter anderem für Mitgliedstaaten, die ein makroökonomisches Anpassungsprogramm umsetzen, also Finanzhilfen vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), Internationalen Währungsfonds (IWF) oder von anderen Mitgliedstaaten bekommen.“ Ebenda, S.28.

Die Ausgaben der EU müssen durch einen europäischen Mehrwert begründet sein, daher sollten Mittel, z.B. die Mittel des neuen „Haushaltsinstrumentes für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“⁷⁰ (BICC)⁷¹, verstärkt für „Projekte mit EU-weiter Bedeutung wie Technologieförderungen und grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte“ verwendet werden.⁷²

2.6 Lehren aus der RRF

Frage 6: Inwiefern können die Gestaltung, die Steuerung und die Funktionsweise der Sonderfazilität für Regionalentwicklung nützliche Erkenntnisse in Bezug auf die wirtschaftspolitische Steuerung liefern, indem die Eigenverantwortung, das gegenseitige Vertrauen, die Durchsetzung und das Zusammenspiel zwischen der wirtschaftlichen und der steuerlichen Dimension verbessert werden?

⁷⁰ BICC = Budgetary Instrument for Competitiveness and Convergence; Europäischer Rat, Erläuterung des Haushaltsinstrumentes für das Euro-Währungsgebiet; <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/emu-deepening/bicc-faq/>

⁷¹ „Innerhalb des Ausgabenbereichs Kohäsionspolitik schlägt die Europäische Kommission erstmals ein gesondertes Haushaltsinstrument speziell für die Euro- Länder vor. Dessen Umfang soll etwa 17 Mrd € oder 1,3 % der Gesamtmittel des nächsten Finanzrahmens betragen. Auf die Eckpunkte verständigte sich die Eurogruppe im Dezember 2019. Mit dem neuen Haushaltsinstrument (**Budgetary Instrument for Competitiveness and Convergence: BICC**) sollen Reformen und Investitionen im Euroraum unterstützt werden, die im Rahmen des europäischen Semesters empfohlen wurden. Der Ministerrat betont die Flexibilität des BICC. Vor allem dadurch unterscheidet es sich von anderen Programmen des EU-Haushalts, deren Ziele für sieben Jahre festgelegt werden. Staaten, die nicht am BICC teilnehmen, [...] sollen zur Kompensation Rückflüsse aus dem sogenannten Konvergenz- und Reforminstrument (**Convergence and Reform Instrument: CRI**) erhalten.“ Deutsche Bundesbank, 2020, Monatsbericht April 2020, Der EU-Haushalt und seine Finanzierung: Rückschau und Ausblick, S.58; <https://www.bundesbank.de/resource/blob/831224/316abdde210abd716e8dde2e17a65d83/mL/2020-04-eu-haushalt-finanzierung-data.pdf>;

“This tool is called the **Reform and Investment Support Programme (RISP)**, and it is broadly agreed already as part of the next EU budget 2021-2027 within the Multiannual Financial Framework (MFF)..The revised Programme will consist in three components that address specific needs: the **Budgetary Instrument for Convergence and Competitiveness (BICC)**, available for the euro-area member states; the **Convergence and Reform Instrument (CRI)**, available for non-euro area member states; and **Technical Support Instrument (TSI)**, a facility accessible to all EU member states.” Euractiv, 23.04.20, Reforms, investment and the EU Recovery Plan; <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/opinion/reforms-investment-and-the-eu-recovery-plan/>

⁷² FAZ, 16.02.21, Europäische Corona-Hilfen: Ifo-Forscher für Korrekturen; <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/europaeische-corona-hilfen-ifo-forscher-fuer-korrekturen-17200558.html>; Ifo-Institut, Stellungnahme im Rahmen der Anhörung im Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages am 22. März 2021 zum Entwurf eines Gesetzes zum Beschluss des Rates vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union und zur Aufhebung des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz – ERatG) Bundestagsdrucksache 19/26821 vom 19.2.2021 von Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, S.7; <https://www.bundestag.de/resource/blob/828582/144b0310516b377c3bdbbb69b20d1230/Prof-Dr-Clemens-Fuest-data.pdf>

Antwort: Die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) in Höhe von rd. 830 Mrd. Euro hat eine Darlehenskomponente von 360 Mrd. Euro und eine Transferkomponente von 313 Mrd. Euro.⁷³ Insgesamt stehen über den regulären MFR 2021-2027 und über das Sondervermögen NGEU für die EU-Jahreshaushalte und den Extrahaushalt RRF für die Jahre 2021 bis 2027 über 1,8 Billionen Euro bzw. „2,018 Billionen Euro zu jeweiligen Preisen“ zur Verfügung.⁷⁴ Europarechtlich gilt für die EU das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Die EU ist ein Staatenbund und kann nur jene Kompetenzen wahrnehmen, die ihr von souveränen Mitgliedstaaten via EU-Verträge übertragen wurden. Sie hat keine Kompetenzkompetenz. Der Next Generation EU mit seinem RRF wurde mit Verweis auf Art. 311 und 122 AEUV geschaffen. Ein Großteil der RRF-Transfers bezieht sich jedoch nicht auf Corona-Krise bedingte Auswirkungen.^{75, 76} Der Art. 122 AEUV kann u.a. daher nicht Ermächtigungsgrundlage für den NGEU und dessen Finanzierung über EU-Anleihen („Corona-Bonds“) sein. Schwierigkeiten mit der Versorgung irgendwelcher Waren, wie vom Wortlaut und Sinn des Art. 122 Abs. 1 AEUV gefordert, stehen beim NGEU nirgendwo zur Debatte. Der Art. 122 Abs. 2 AEUV hingegen sieht ausschließlich finanziellen Beistand der EU gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten vor.⁷⁷

Begründet mit den schädlichen Auswirkungen der lockdown-bedingten Wirtschaftskrise für den „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der EU“ soll der Staatenverbund EU zu einer Transfer- und Fiskalunion umgestaltet werden. Die NGEU-Transfer-Nettoempfänger-Länder umgingen mit ihrer Forderung nach Einführung des Coronawiederaufbaufonds den ESM sowie den Art.

⁷³ Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27210S.14, S.14; <https://dserver.bundestag.de/btd/19/272/1927210.pdf>

⁷⁴ Europäische Kommission, Europäischer Aufbauplan; https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_de

⁷⁵ Der Verteilungsschlüssel der Transferkomponente sieht MS gemäß Art. 11 RRF-VO vor, dass 70 Prozent der RRF-Transfers (knapp 219 Mrd. Euro) bis Ende 2022 zugesagt werden. Die Zuteilung an die MS orientiert sich an der Bevölkerungsgröße 2019 (je größer, umso mehr Mittel), an der Wirtschaftsstärke 2019 (je geringer das Pro-Kopf-BIP, desto mehr Mittel) und an der Arbeitslosenquote 2015 bis 2019 (je höher, desto mehr Mittel). Hierbei spielen krisenbedingte Entwicklungen keine Rolle. 30 Prozent der übrigen RRF-Transfers (knapp 94 Mrd. Euro) sollen bis Ende 2023 zugesagt werden. Bei ihrer Verteilung sollen dann zumindest in Ansätzen krisenbedingte Entwicklungen eine Rolle spielen, indem der Indikator Arbeitslosenquote durch einen Indikator für den BIP-Einbruch in den Jahren 2020 und 2021 ersetzt wird.

⁷⁶ Daher kommt z.B. die Bundesbank zu dem Schluss: „Insgesamt betrachtet orientiert sich die [RRF-]Transfervergabe [...] weit überwiegend nicht daran, wie stark ein Mitgliedstaat von der Corona-Krise betroffen ist.“ Deutsche Bundesbank, 2020, Monatsbericht August 2020, S.84.

⁷⁷ Im Umkehrschluss ergibt sich, dass Abs. 1 die engere Vorschrift ist und noch keine finanzielle Unterstützung von Mitgliedstaaten erlaubt. Abs. 2 ist insofern die speziellere Vorschrift. Auch der EuGH geht davon aus, dass Art. 122 Abs. 1 AEUV keine geeignete Rechtsgrundlage für einen etwaigen finanziellen Beistand der Union für Mitgliedstaaten darstellt, die schwerwiegende Finanzierungsprobleme haben oder denen solche Probleme drohen. Vgl. Europäischer Gerichtshof EuGH, Urteil vom 27.11.2012, C-370/12, Thomas Pringle ./.. Government of Ireland u.a., Rn. 116

136 AEUV. Der ESM soll Ländern, denen der Zugang zu den Finanzmärkten verschlossen ist oder droht verschlossen zu werden, finanziellen Beistand leisten. Damit die Schaffung des ESM mit EU-Recht vereinbar ist, wurde dem Art. 136 AEUV der Absatz 3 angefügt, der u.a. besagt, dass die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus strengen Auflagen zu unterliegen hat.

Demnach hebt der NGEU bzw. die Schaffung der RRF den ESM und seine Auflagen aus. Dadurch wurde die Glaubwürdigkeit der dreifachen Sicherungs- und Überwachungsstruktur aus SWP, MIP und ESM/EZB sowie die Direktionskraft des SWP weiter geschwächt.⁷⁸ Dies verstärkt die in Frage 1 bis 3 ausgeführte Dysfunktionalität des Eurowährungsraums. Um den Zusammenhalt der EU auch zukünftig zu bewahren, sollten alle Mitgliedstaaten sich endlich an das EU-Recht halten, insbesondere auch den SWP.

2.7 Nationale finanzpolitische Rahmenregelungen

Frage 7: Gibt es Möglichkeiten zur Stärkung der nationalen finanzpolitischen Rahmen und zur Verbesserung ihrer Interaktion mit dem finanzpolitischen Rahmen der EU?

Antwort: Um die Transparenz und Vergleichbarkeit zwischen den Mitgliedsstaaten bei der Überwachung der Defizitkriterien, der möglichen Konsolidierungsvereinbarungen und der Investitionsplanungen im Rahmen des Fiskalpaktes, des MIP und des Europäischen Semesters gewährleisten zu können⁷⁹, sollten die Europäischen Doppik-Regeln (EPSAS⁸⁰)⁸¹ von allen Ländern einheitlich angewandt werden.

Damit soll die tatsächliche Finanz-, Vermögens- und Ertragslage jedes Mitgliedlandes transparent werden. Zu diesem Zweck ist es auch denkbar verpflichtend Generationenbilanzen zu erstellen⁸², um auch langfristige demographische und andere Effekte zu berücksichtigen.

⁷⁸ Dies erhöht nicht zuletzt die Inflationserwartungen und schadet auf diese Weise die kapitalgedeckten sozialen Sicherungssysteme.

⁷⁹ Der Neue Kämmerer, 20.12.2021, EPSAS kommt wahrscheinlich später; <https://www.derneuekaemmerer.de/finanzen/doppik/epsas-kommt-wahrscheinlich-spaeter-13294/>

⁸⁰ Eurostat, Europäische Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor – EPSAS; <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/epsas>

⁸¹ KPMG, IPSAS/EPAS; <https://home.kpmg/de/de/home/dienstleistungen/branchen-und-maerkte/oeffentlicher-sektor/ipsas-epsas.html>

⁸² Stiftung-Marktwirtschaft, EU-Nachhaltigkeitsranking; <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/themen/generationenbilanz/>

Darüber hinaus sollten von der EU für die Mitgliedsländer aufgenommene Schulden, deren Rückzahlungsverteilung auch feststeht⁸³, entsprechend den nationalen Schuldenständen für die Überwachung der Fiskalregeln statistisch zugerechnet werden.⁸⁴ Dies ist bisher nicht Fall⁸⁵ und führt zu einer Falschdarstellung der Schuldenkriterien.

Dazu führte die Deutsche Bundesbank aus: „Kritisch wäre es [...], wenn die Illusion entstünde, die neue EU- Kreditaufnahme verursache für die Mitgliedstaaten keine Kosten. Das ist nicht der Fall. Die EU-Schulden werden die künftigen europäischen Steuerpflichtigen belasten, selbst wenn die Schulden nicht in den nationalen Statistiken abgebildet sind. Denn Zins und Tilgung sind weiterhin von den Mitgliedstaaten aufzubringen. Diese neuen Verpflichtungen aus den EU- Schulden sollten deshalb in die Bewertung der nationalen Staatsfinanzen einfließen.“⁸⁶

Die vorgeschlagenen Ausnahmen für sogenannte Klima- und Digitalisierungsinvestitionen sind als Umgehungstatbestand und Fehlanreiz zur weiteren Nichteinhaltung der Schuldenkriterien abzulehnen.⁸⁷

2.8 Wirksame Durchsetzung

Frage 8: Wie kann der Rahmen eine wirksame Durchsetzung gewährleisten? Welche Rolle sollten Geldsanktionen, Reputationskosten und positive Anreize einnehmen?

Antwort: Die Ahndung von SWP-Regelverstößen sollte dem politischen Ermessen des Rates entzogen und in ein automatisiertes Verfahren überführt werden. Dies würde Vertragsänderungen erfordern.

⁸³ Fuest / Dorn, 2021, Next Generation EU: Chancen und Risiken des europäischen Fonds für die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise, Wirtschaftsdienst 101. Jahrgang, 2021, Heft 2, S. 78–81, Siehe Fußnote 1; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/2/beitrag/next-generation-eu-chancen-und-risiken-des-europaeischen-fonds-fuer-die-wirtschaftliche-erholung-nach-der-corona-krise.html>

⁸⁴ „Der Beirat hält es für sachgerecht, dass die Defizite und Schulden der europäischen Ebene im Rahmen der Fiskalregeln für die Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.“ Stabilitätsrat, Stellungnahme vom 14. Dezember 2020 zur Einhaltung der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit, S.7; https://www.finanzwissenschaft.rw.fau.de/files/2020/12/stellungnahme_15_beirat_stabirat_website.pdf

⁸⁵ Eurostat, 17.12.2020, Methodological note Draft Guidance Note on the statistical recording of the recovery and resilience facility, 37.-38., S.6; https://ec.europa.eu/eurostat/documents/1015035/11337978/Draft_guidance_note_on_the_statistical_recording_of_the_recovery_and_resilience_facility.pdf

⁸⁶ Deutsche Bundesbank, 2020, Monatsbericht August 2020, S.87; <https://www.bundesbank.de/resource/blob/841042/a92bc81ea3c6e6a175030fb5791ff493/mL/2020-08-monatsbericht-data.pdf>

⁸⁷ Süddeutsche-Zeitung, 12.09.2021, EU-Stabilitätspakt: Auch grüne Schulden sind Schulden; <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/stabilitaetspakt-green-golden-rule-eu-klimaschutz-1.5407919>

Als positive Anreize sind die Rückhaltelinien der Hilfsinstrumente des ESMs⁸⁸ und des Eurosystems (OMT, ELA) anzusehen. Als Ultima-Ratio sollte es das Recht geben, Länder vom Eurosystem zu suspendieren und zwecks Reputationskosten dazu ein vorläufiges Verfahren einzuleiten. Die Stimmrechte im EZB-Rat sollten gemäß EZB-Kapitalschlüssel verteilt werden. Das Rotationsverfahren ist abzuschaffen.

Gemäß dem Ansatz der automatischen Stabilisatoren soll das Wachstum der Staatsausgaben nicht über dem Potentialwachstum eines Mitgliedstaates liegen⁸⁹, um haushaltspolitische Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen, verhindern und ggf. sanktionieren zu können.⁹⁰ Nach bisheriger Regelung kann ein Vorschlag der Kommission zur Hinterlegung einer verzinslichen Einlage vom Rat im zweiten Durchgang und mit einfacher Mehrheit zurückgewiesen werden. Zudem können im zweiten Schritt als Sanktionsmaßnahme nicht verzinsliche Einlagen in Bußgeld umgewandelt werden. Die Sanktionsempfehlungen der Kommission können mit qualifizierter Mehrheit im Rat zurückgewiesen werden („umgekehrte qualifizierte Mehrheit“).⁹¹ Dadurch sollte die Verhängung einer

⁸⁸ Matthes, J., Januar 2021, Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus – eine Einordnung, Wirtschaftsdienst 101. Jahrgang, Januar 2021, Heft 1; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2021/heft/1/beitrag/reform-des-europaeischen-stabilitaetsmechanismus-eine-einordnung.html>

⁸⁹ „Mit dem „Six-Pack“ wurde unter anderem die Regelung zum Anpassungsbedarf bei einer Überschreitung der Schuldengrenze geschärft (jährliche Reduktion um ein Zwanzigstel des Abstands zur 60 %-Schwelle) und es wurden Sanktionsmöglichkeiten im präventiven Arm des SWP geschaffen. Außerdem wurde das mittelfristige Haushaltsziel (MTO), das als Zielwert für den um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigten strukturellen Budgetsaldo definiert ist, um eine Ausgabenregel ergänzt, die ein am mittelfristigen Potenzialwachstum orientiertes maximal zulässiges Ausgabenwachstum fest schreibt.“ Republik Österreich Parlament, Hintergrundpapier, Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU, Wien, 17. - 18. September 2018; <https://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU2018/WIPOKONF/Hintergrundpapier1.shtml>

⁹⁰ Gasparotti, A./ Kullas M., 2020, cepInput, Nr. 14 | 2020, Wie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine solide Fiskalpolitik fördern kann; https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Studien/cepInput_Stabilitaets-und_Wachstumspakt/cepInput_Wie_eine_Reform_des_Stabilitaets-und_Wachstumspakts_eine_solide_Fiskalpolitik_foerdern_kann.pdf

⁹¹ „Für die Länder des Euro-Gebiets wird eine neue Durchsetzungsregelung eingeführt. Es handelt sich um ein Verfahren in zwei Schritten. Nach einmaliger Nichtumsetzung der empfohlenen Korrekturmaßnahmen kann die Hinterlegung einer verzinslichen Einlage vorgeschrieben werden. Werden die Anforderungen ein zweites Mal nicht erfüllt, kann diese Einlage in eine Geldbuße (bis zu 0,1 % des BIP) umgewandelt werden. Ferner können Sanktionen verhängt werden, wenn zweimal kein ausreichender Korrekturmaßnahmenplan vorgelegt wurde. Die Entscheidungsfindung im Rahmen der neuen Verordnungen wird durch die obligatorische Anwendung des Abstimmungsverfahrens mit „umgekehrter qualifizierter Mehrheit“ bei allen Beschlüssen im Zusammenhang mit Sanktionen gestrafft. Dieses halbautomatische Entscheidungsverfahren erschwert die Bildung von Sperrmajoritäten durch die Mitgliedstaaten beträchtlich.“

Europäische Kommission, MEMO/11/898, 12.12.2011, EU-„Six-Pack“ zur wirtschaftspolitischen Steuerung tritt in Kraft;

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_11_898

Sanktion nicht mehr durch eine Minderheit im Rat blockiert werden können. Von „quasi-automatischen“ Sanktionen lässt sich im jetzigen System allerdings nicht sprechen, da sie weiterhin im Ermessen der Ratsmehrheit liegt und diese nach dem Brexit strukturell in der Hand der Profiteure von Nicht-Sanktionierungen liegt.

Der SWP hat daher nicht die nötige Direktionskraft, um die Einhaltung der vertraglichen Defizit- und Schuldenstandobergrenzen und damit die notwendige Konvergenz eines funktionierenden Währungsraums tatsächlich durchzusetzen.⁹² Darüber hinaus sollte der Europäische Rechnungshof (ERH) mehr Prüfrechte erhalten und z.B. auch die EZB und den ESM prüfen dürfen.⁹³

2.9 Zusammenspiel von SGP und MIP

Frage 9: Wie kann der Rahmen – einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten und im weiteren Sinne des Europäischen Semesters – angesichts der weitreichenden Auswirkungen der COVID-19-Krise und der neuen befristeten politischen Instrumente, die als Reaktion darauf eingeführt wurden, am besten eine angemessene und koordinierte politische Reaktion auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene gewährleisten?

Antwort: Wie bereits auch zu Frage 3 ausgeführt, besteht eine dreifache Sicherungs- und Überwachungsstruktur, mit jeweiligen präventiven und korrektiven Instrumenten:

1. den SWP mit EDP und europäischem Semester,
2. den MIP mit EIP und
3. und den ESM gekoppelt mit dem OMT-Programm des Eurosystems.

Das Eurosystem ist darüber hinaus durch seine Anleihekäufe und laxen Sicherheitenpolitik faktisch zur „Bad Bank“ der Eurozone geworden.⁹⁴

⁹² CEP, cep Input Nr. 14 | 2020, Wie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine solide Fiskalpolitik fördern kann.

⁹³ Europäischer Rechnungshof, Themenpapier zum Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (liegt nur in englischer Sprache vor); Landscape-Analyse: „Lücken, Überschneidungen und Herausforderungen: Eine Landscape-Analyse der EU-Regelungen zur Rechenschaftspflicht und zur öffentlichen Finanzkontrolle“; Stellungnahme Nr. 2/2018: „Erwägungen hinsichtlich Prüfung und Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit dem Vorschlag vom 6. Dezember 2017 zur Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds innerhalb des Unionsrechtsrahmens“.

⁹⁴ Murswiek, 2015, Rechtsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Das ABS-Ankaufprogramm der EZB - Ist das Asset-Backed Securities Purchase Programme (ABSPP) vom geldpolitischen Mandat der EZB gedeckt?;

Die konsequente rechtskonforme Anwendung des Fiskalpaktes sowie der Hilfsinstrumente des Eurosystems (OMT, ELA, etc.) und des ESM⁹⁵, der auch vorsorgliche wenig konditionierte Hilfen bereithält, reichen grundsätzlich aus, um notleidenden bzw. potenziell notleidenden EU-Mitgliedsstaaten unter angemessenen Auflagen zu helfen und ihnen die fiskalischen Spielräume zur Bewältigung der Zukunftsherausforderungen zu verschaffen bzw. sich diese unter Wahrung des Prinzips von Herrschaft und Haftung zu bewahren.

Daneben sollte es im Sinne der Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zum Ausstieg aus dem Eurosystem ggf. mit übergangserleichternden Überbrückungshilfen im Sinne der Solidarität der Gemeinschaft geben. Darüber hinaus bedarf es einer einheitlichen europäischen Staatsinsolvenzordnung. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik durch die Hintertür sollte es jedoch nicht geben. Makroökonomische Konditionalitäten für die Kohäsionspolitik sind daher kritisch zu betrachten.⁹⁶

Ausgaben der EU müssen durch einen europäischen Mehrwert begründet sein, daher sollten Mittel, verstärkt für „Projekte mit EU-weiter Bedeutung wie Technologieförderungen und grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte“ verwendet werden.⁹⁷

Die Defizitziele des SWP ergänzt um wie in Frage 4 erläutert vereinfachten Unterziele des Rahmens sollten als einfache primäre operative Steuerungsgrößen dienen. Das MIP wiederum soll der strategischen Frühaufklärung der makroökonomischen Rahmenbedingungen der angestrebten

[https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Gutachten Stiftung Familienunternehmen Das ABS-Ankaufprogramm der EZB.pdf](https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Gutachten%20Stiftung%20Familienunternehmen%20Das%20ABS-Ankaufprogramm%20der%20EZB.pdf)

⁹⁵ Matthes, J., Januar 2021, Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus – eine Einordnung, Wirtschaftsdienst 101. Jahrgang, Januar 2021, Heft 1; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2021/heft/1/beitrag/reform-des-europaeischen-stabilitaetsmechanismus-eine-einordnung.html>

⁹⁶ „Selbst wenn es gute Gründe dafür gibt, die Mitgliedstaaten mithilfe der makroökonomischen Konditionalitäten dazu zu veranlassen, sich an die selbst gesetzten Regeln zu halten, wäre es für die Kohäsion in der EU schädlich, wenn die Regionen für etwas verantwortlich gemacht würden, was der Zentralstaat verantworten muss. Deshalb ist hier Vorsicht geboten.“ Ebenda, S.49.

⁹⁷ FAZ, 16.02.21, Europäische Corona-Hilfen: Ifo-Forscher für Korrekturen; <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/europaeische-corona-hilfen-ifo-forscher-fuer-korrekturen-17200558.html>; Ifo-Institut, Stellungnahme im Rahmen der Anhörung im Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages am 22. März 2021 zum Entwurf eines Gesetzes zum Beschluss des Rates vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union und zur Aufhebung des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz – ERatG) Bundestagsdrucksache 19/26821 vom 19.2.2021 von Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, S.7; <https://www.bundestag.de/resource/blob/828582/144b0310516b377c3bdbbb69b20d1230/Prof-Dr-Clemens-Fuest-data.pdf>

nachhaltigen öffentlichen Finanzen und Konvergenz innerhalb der Eurozone und Kohäsion innerhalb der Gesamt-EU dienen.

Der EU-rechtswidrige NGEU bzw. die Schaffung der RRF hebeln den ESM und seine Auflagen aus. Dadurch wurde die Glaubwürdigkeit der dreifachen Sicherungs- und Überwachungsstruktur aus SWP, MIP und ESM/EZB sowie die Direktionskraft des SWP weiter geschwächt.⁹⁸ Dies verstärkt die in Frage 1 bis 3 ausgeführte Dysfunktionalität des Eurowährungsraums.

Untergraben Länder die Stabilität des Eurosystems durch grob fahrlässiges und sogar vorsätzliches Verhalten oder widersprechen sie den wirtschaftlichen Stabilitätszielen der EU, sollte der Kommission und dem Rat die Möglichkeit gegeben werden, diese Länder aus der Eurozone zu bzw. im letzten Fall aus der EU entfernen.

2.10 Die Dimension der Eurozone

Frage 10: Wie sollte der Rahmen die Dimension der Eurozone und die Agenda zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion berücksichtigen?

Antwort: Wenn Länder etwas unternehmen, das die Stabilität des Eurosystems gefährden würde, sollte der Kommission und dem Rat die Möglichkeit gegeben werden, diese Länder aus der Eurozone oder im Notfall aus der EU auszuschließen. Daneben sollte es im Sinne der Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zum Austritt aus dem Eurosystem ggf. mit übergangserleichternden Überbrückungshilfen im Sinne der Solidarität der Gemeinschaft geben.

Im Jahr 2015 wurde der sog. "Fahrplan für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion"⁹⁹ im Rahmen des "Five-President-Reports" ins Leben gerufen.¹⁰⁰

⁹⁸ Dies erhöht nicht zuletzt die Inflationserwartungen und schadet auf diese Weise die kapitalgedeckten sozialen Sicherungssysteme.

⁹⁹ Europäische Kommission, Completing Europe's Economic and Monetary Union- policy package; https://ec.europa.eu/info/publications/economy-finance/completing-europes-economic-and-monetary-union-policy-package_en

¹⁰⁰ Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 28.11.2012, A Blueprint for a deep and genuine Economic and Monetary Union: Launching a European debate; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_12_1272

Bis 2025 sollen in drei Schritten¹⁰¹ die sog. Wirtschafts-, Finanz-, Fiskal- und Politische Union vollendet sein.¹⁰² So sollen u.a. zwischen 2019-2025 eine „voll funktionsfähige Stabilisierungsfunktion“ implementiert und die dritte Säule der Bankenunion – die Einheitliche Einlagensicherung (EDIS) – umgesetzt werden.¹⁰³ Diese Vorschläge wurden 2017 vom französischen Präsidenten Macron in seiner Sorbonne-Rede¹⁰⁴ nochmals konkretisiert.

Der Fahrplan wurde durch Staats- und Unternehmensanleihekäufe in Billionenhöhe – rechtlich fragwürdig¹⁰⁵ – durch die EZB flankiert.¹⁰⁶ Laut Deutscher Bundesbank wurde Zeit für strukturelle Veränderungen in den fiskalisch und wirtschaftlich schwachen Ländern gekauft, diese jedoch nicht ausreichend genutzt.¹⁰⁷ Stattdessen führte die Nullzinspolitik zur fiskalischen Repression¹⁰⁸ und zur fiskalischen Dominanz¹⁰⁹ der Geldpolitik.

¹⁰¹ Europäische Kommission, Completing Europe's economic and monetary union; https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/further-steps-completing-emu_en.pdf

¹⁰² Europäische Zentralbank EZB, ECB Occasional Paper, No. 160, Research Report The four unions "PIE" on the Monetary Union "CHERRY": a new index of European Institutional Integration; [ecbop160.en.pdf \(europa.eu\)](https://www.ecb.europa.eu/oc/p/160/160.en.pdf)

¹⁰³ Europäische Kommission, 06.12.2021, Commission sets out roadmap for deepening Europe's Economic and Monetary Union; https://ec.europa.eu/info/publications/completing-europes-economic-and-monetary-union-factsheets_en

¹⁰⁴ Macron, E., 2017, Sorbonne-Rede; <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspraesident-Macron-im-Wortlaut>

¹⁰⁵ Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung Nr. 32/2020 vom 5. Mai 2020, Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm kompetenzwidrig; <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-032.html>;

LTO Legal Tribune Online, 05.05.21, BVerfG auf Konfrontation mit dem EuGH Anleihenkaufprogramm der EZB kompetenzwidrig; <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bverfg-2bvr85915-ezb-anleihenkauf-eugh-geldpolitik-pspp-dialog-konfrontation/>

Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 05. Mai 2020, - 2 BvR 859/15 -, Rn. 1-237; http://www.bverfg.de/e/rs20200505_2bvr085915.html

¹⁰⁶ Europäische Zentralbank EZB, Asset purchase programmes; <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/app/html/index.en.html>

¹⁰⁷ Deutsche Bundesbank, 27.02.2015, Weidmann: „Einige Regierungen haben die Zeit nicht genutzt“; <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/-einige-regierungen-haben-die-zeit-nicht-genutzt--664358>

¹⁰⁸ Homburg, S./Mayer, T., et al, 2013, Finanzielle Repression – ein Instrument zur Bewältigung der Krisenfolgen?, Wirtschaftsdienst 93. Jahrgang · November 2013 · Heft 11; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2013/heft/11/beitrag/finanzielle-repression-ein-instrument-zur-bewaeltigung-der-krisenfolgen.html>

Guido Zimmermann, Florian Baier, 2012, Financial Repression – Ein neues Umfeld für die Finanzmärkte?, Wirtschaftsdienst, 92. Jahrgang · September 2012 · Heft 9; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2012/heft/9/beitrag/financial-repression.html>

¹⁰⁹ Heinemann / Kemper, 2021, The ECB Under the Threat of Fiscal Dominance – The Individual Central Banker Dimension; https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/ZEW_Fiscal%20Dominance_20210906.pdf;

Börsenzeitung, 29.06.2021, BIZ warnt vor fiskalischer Dominanz - Borio: Es droht politischer Druck auf Zentralbanken; <https://www.boersen-zeitung.de/biz-warnt-vor-fiskalischer-dominanz-a89f1c20-d8d8-11eb-a47c-3500cfff66eb5>;

Solange keine Konvergenz und Regelkonformität in der Eurozone besteht und der Teufelskreislauf zwischen Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise nicht überwunden und der Abbau der entsprechenden Altlasten an faulen Krediten und anderen toxischen Assets nicht vollzogen ist, sollte es keine Einheitliche Europäische Einlagensicherung geben. Dies würde dem Versicherungsprinzip widersprechen.

Die europäischen Nationen sind wirtschaftlich und kulturell sehr verschieden¹¹⁰, wie z.B. der Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Deutschland zeigt.¹¹¹ Eingezwängt in das „monetäre Zwangskorsett“ des Euros hat sich daraus eine verstärkte Divergenz ergeben. Die Vollendung der Bankenunion¹¹², die Schaffung einer Transferunion¹¹³ sowie insbesondere die Aufgabe der nationalen Souveränitäten zugunsten eines EU-Bundesstaates gefährden den Zusammenhalt der EU, wie u.a. das Beispiel Großbritanniens, Griechenland¹¹⁴ und die abneigende Haltung der sog. „Sparsamen Vier“¹¹⁵ und breiter Teile u.a. auch der deutschen und französischen Bevölkerung zeigt. Die Neukonzeption des Eurosystems und des SWPs – wie bei Frage 2 ausgeführt – hat im Sinne der Krönungstheorie zu erfolgen.

Olivier, Jeanne / Hou, Wang, August 2012, Fiscal Challenges to Monetary Dominance, Johns Hopkins University; https://www.banque-france.fr/sites/default/files/media/2017/06/06/01_jeanne.pdf;

Bank for International Settlements BIS, 2012, BIS Papers No 65, Threat of fiscal dominance?, <https://www.bis.org/publ/bppdf/bispap65.pdf>;

Deutsche Bundesbank, 19.11.21, Weidmann: Geldpolitik muss eigene Grenzen erkennen und respektieren; <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/weidmann-geldpolitik-muss-eigene-grenzen-erkennen-und-respektieren-880236>

¹¹⁰ Rosefielde, B. Steven, Comparative Economic Systems. Culture, Wealth, and Power in the 21st Century, Malden, Mass.: Blackwell, 2002; Bruno Amable, The Diversity of Modern Capitalism, Oxford/New York: Oxford University Press, 2003; Beáta Farkas, Models of Capitalism in the European Union. Post-crisis Perspectives, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2016.

¹¹¹ Stiftung Wissenschaft und Politik SWP, SWP-Studie 2018/S 25, Dezember 2018; Deutschland, Frankreich und Italien im Euroraum, Ursprünge, Merkmale und Folgen der begrenzten Konvergenz; <https://www.swp-berlin.org/publikation/euroraum-begrenzte-konvergenz/>

¹¹² FAZ, 19.11.2020, Konflikt um Einlagensicherung: Bankenfusionen scheitern an nationalen Grenzen; <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/edis-konflikt-blockiert-laut-enria-die-eu-bankenunion-17058717.html>

¹¹³ Straubhaar, T./ Winkeljohann, N., 2013, Chancen und Risiken einer Transferunion, HWWI / PwC Studienreihe Politik und Wirtschaft – Der Euro in der Krise; https://www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/assets/pwc_studie_chancen_und_risiken_einer_fiskalunion.pdf

¹¹⁴ Tagesspiegel, 02.02.2015, Die Troika und Griechenland - Feind statt Retter, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-troika-und-griechenland-feind-statt-retter/11317746.html>

¹¹⁵ Neue Zürcher Zeitung NZZ, 15.07.2020, Die «sparsamen Vier» gegen Macron und Merkel: Was treibt diese Länder an?; <https://www.nzz.ch/international/die-sparsamen-vier-in-der-eu-gegen-macron-und-merkel-ld.1566457?reduced=true>

Darüber hinaus gilt es die spätestens seit den 1970er Jahren bestehenden Probleme mit den Offshore-Dollar-Geldmärkten („Eurodollarmärkte“)¹¹⁶ zu lösen. Dazu ist auf G20-Ebene ein tragfähiges Weltwährungssystem¹¹⁷ zu erbauen und eine destruktive Vereinnahmung der Währungspolitik für Geopolitik respektive die Sicherheits- und Außenpolitik zu unterbinden.¹¹⁸

2.11 Neue Herausforderungen durch die COVID-19-Krise

Frage 11: Gibt es angesichts der Art und Weise, wie die COVID-19-Krise unsere Volkswirtschaften umgestaltet hat, weitere Herausforderungen, die der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung über die bisher genannten hinaus berücksichtigen sollte?

Antwort: Eine funktionierende staatliche Ordnung gibt den Bürgern des Staates „innere, äußere und soziale Sicherheit, sie unterstützt erstklassige Bildung und Infrastruktur, und sie schafft die Rahmenbedingungen für Chancengerechtigkeit, Investitionen und Innovationen, und damit auch für Wohlstand und Vertrauen.“¹¹⁹ Zu diesem Zweck gilt es, Geld effektiv und effizient zu verausgaben und auf angemessene, tragfähige Weise zu finanzieren.

Die politischen Eliten sind jedoch häufig darauf bedacht, „die Ausgaben nicht nur nach ihrer Effektivität auszurichten, sondern Wählerstimmen zu gewinnen und Sonderinteressen zu befriedigen, um dann die Rechnung möglichst auf zukünftige Steuerzahler zu verlagern. Das ist ein immanentes Problem aller demokratischen (und nicht-demokratischen) Gesellschaften [...]. Es müssen also Mechanismen geschaffen werden, die fördern, dass der Staat nicht über seine Verhältnisse lebt und seine Aufgaben effektiv und effizient erfüllt.“¹²⁰

¹¹⁶ Abelshäuser, W., 2009, Aus Wirtschaftskrisen lernen – aber wie? Krisenszenarien im Vergleich, Institut für Zeitgeschichte, VfZ 4/2009 Jahrgang 57 (2009), Heft 4, S. 474f; https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4_1_abelshaeuser.pdf

¹¹⁷ Manager-Magazin, 07.08.2019, USA und China im Streit Wie ein Währungskrieg funktioniert; <https://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/schreckgespenst-waehrungskrieg-was-der-welt-wirklich-droht-a-1280687.html>

¹¹⁸ WELT, 16.12.21, Europas Angst vor den US-Sanktionen gegen Russland; <https://www.welt.de/wirtschaft/plus235678560/Swift-Ausschluss-Europas-Angst-vor-den-US-Sanktionen-gegen-Russland.html>

¹¹⁹ Schuknecht, L., 2021, Finanzpolitik braucht einen ordnungspolitischen Anker in guten und in schlechten Zeiten, Ifo Schnelldienst 4 2021, 14. April 2021, 74. Jahrgang, S.3; <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-04-schuldenbremse.pdf>

¹²⁰ Ebenda, S.3.

Die momentan im Euroraum herrschende zu Frage 3 und 10 ausgeführte „fiskalische Repression“ und „fiskalische Dominanz“ sind Beispiele dafür, wohin es führt, wenn es keine funktionierenden Mechanismen solcherart gibt. Ein Extrembeispiel hierfür wäre auch die am Ende in sich zusammenbrechende Kommandoplan-Wirtschaft des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) mit seinen festen Wechselkursen und dem Transrubel.¹²¹ Auch die gescheiterte Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung in Frankreich Anfang der 1980er Jahre ist hier zu nennen.¹²²

Die Einhaltung des SWP ist „zutiefst pro-europäisch, weil solide Staatsfinanzen die Grundvoraussetzung für Vertrauen und Solidarität in Europa und die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank sind“.¹²³ Der bisherige Ansatz vieler Mitgliedsländer sich aus politischen Gründen nicht an den SWP zu halten, haben das Eurosystem und die EU in ein gefährliches Fahrwasser gebracht. Die „Lissabon-Strategie“, das Programm, das zum Ziel hatte, die Europäische Union innerhalb von zehn Jahren, also bis 2010, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ ist gescheitert,¹²⁴ das Nachfolgeprogramm „Europa 2020“, dessen Ziel es war, wenigstens ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ herbeizuführen, ebenfalls.

¹²¹ Spiegel, 19.11.1989, »Da rollt eine Lawine«, aus DER SPIEGEL 47/1989; <https://www.spiegel.de/politik/darollt-eine-lawine-a-db065c70-0002-0001-0000-000013497817>;

Handelsblatt, 29.09.2006, RGW – Gewagt und verloren; <https://www.handelsblatt.com/archiv/60-jahre-deutsche-wirtschaftsgeschichte-rgw-gewagt-und-verloren/2712798.html?ticket=ST-9794758-dGGX2m4DGd7aboxWcYul-cas01.example.org>

Norddeutscher Rundfunk, 05.07.2021, RGW: Der sozialistische Wirtschaftsriese und sein Scheitern;

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/RGW-Geschichte-und-Scheitern-des-Wirtschaftsbuendnisses,rgw102.html>

Bundeszentral für politische Bildung, 27.5.2020, Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990;

<https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47133/zusammenbruch>
Neues Deutschland, 07.07.2001, Noch weiß niemand, was ein Transferrubel wert ist - Verbindlichkeiten aus Zeiten des UdSSR-DDR-Handels sind nach wie vor nicht endgültig geregelt; <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1662.noch-weiss-niemand-was-ein-transferrubel-wert-ist.html>

¹²² Marris S., 1986, Defizite und der Dollar - Die Weltwirtschaft in Gefahr, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg, 1. deutschsprachige Auflage, Hamburg: Verlag Weltarchiv, S.253ff.;

Deutschlandfunk, 11.02.2012, Teurer Umweg; <https://www.deutschlandfunk.de/teurer-umweg-100.html>

¹²³ Schuknecht, L., 2021, Finanzpolitik braucht einen ordnungspolitischen Anker in guten und in schlechten Zeiten, Ifo Schnelldienst 4 2021, 14. April 2021, 74. Jahrgang, S.6; <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-04-schuldenbremse.pdf>

¹²⁴ Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Die Lissabon-Strategie, WD 11 - 205/06; <https://www.bundestag.de/resource/blob/412428/f594813fcab0430692ffc80ca9f82df9/wd-11-205-06-pdf-data.pdf>

Auf Basis des inhomogenen Eurowährungsraums, der zur Lokomotive für die Konvergenz der EU werden sollte, hat sich ein Teufelskreislauf aus Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise gebildet und im Ergebnis haben wir „Staatsschulden wie nach einem Weltkrieg“.¹²⁵

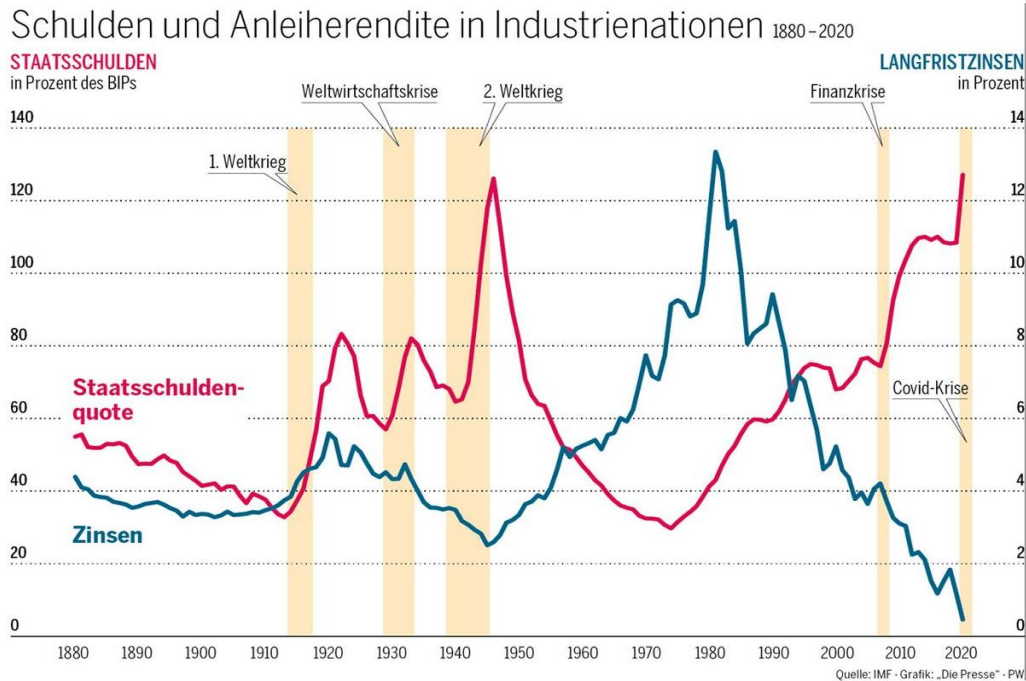


Abbildung 2: Staatsschulden wie nach dem Zweiten Weltkrieg (DiePresse)¹²⁶

Die Corona-Krise zeigt nochmals eindrücklich wie wichtig die Einhaltung der Europäischen Fiskalregeln ist. Denn nur bei tragfähigen Staatshaushalten ist eine „angemessene Stabilisierung des Konjunkturzyklus und genug Spielraum für expansive Politik in Krisenzeiten“ möglich. Ein SWP mit glaubwürdiger Direktionskraft würde „den Druck auf den Staat, seine Kernaufgaben gut und effizient zu erfüllen [erhöhen]. Das ist gut für Wachstum und Wohlstand, und es dient dem sozialen Ausgleich und der Chancengerechtigkeit.“¹²⁷

¹²⁵ Die Presse, 16.04.2021, Staatsschulden wie nach einem Weltkrieg; <https://www.diepresse.com/5966448/staatsschulden-wie-nach-einem-weltkrieg>

¹²⁶ Die Presse, 16.04.2021, Staatsschulden wie nach einem Weltkrieg; <https://www.diepresse.com/5966448/staatsschulden-wie-nach-einem-weltkrieg>

¹²⁷ Schuknecht, L., 2021, Finanzpolitik braucht einen ordnungspolitischen Anker in guten und in schlechten Zeiten, Ifo Schnelldienst 4 2021, 14. April 2021, 74. Jahrgang, S.3-7; <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-04-schuldenbremse.pdf>

Noch lässt sich die Balance zwischen angemessener Konsolidierung und notwendiger Zukunftsinvestition noch halten.¹²⁸ Eine europäische Transfer- und Schuldenunion würde diese Möglichkeit vor dem Hintergrund des globalen Systemwettbewerbs¹²⁹ über kurz oder lang zerstören, da es auch die Geberländer auf Dauer überfordern würde.

¹²⁸ Gros/ Corti, 2021, CEPS Policy Insights, No 2021-14 / October 2021, Fiscal rules in a post-Covid brave new world; https://www.ceps.eu/wp-content/uploads/2021/10/PI2021-14_Fiscal-rules-in-a-post-Covid-brave-new-world.pdf

Spiegel, 14.10.2021, Widerstand gegen Reform der EU-Schuldenregeln - Warum die Ampel jetzt geduldig sein sollte; <https://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-fiskalpakt-warum-die-ampel-jetzt-geduldig-sein-sollte-kolumne-a-8f913d8f-3cff-480e-ab65-0b38781e05a6>

¹²⁹ Lippert / Perthes (Hg.), 05.02.2020, Strategische Rivalität zwischen USA und China - Worum es geht, was es für Europa (und andere) bedeutet, SWP-Studie 2020/S 01; <https://www.swp-berlin.org/publikation/strategische-rivalitaet-zwischen-usa-und-china>

3. Zusammenfassung

- Seit Einführung des Euro im Jahr 1999 wurden die SWP-Regeln vielfach verfehlt, bei der Schuldenstandquote in weit mehr als der Hälfte der Fälle (59 %) und bei der Defizitquote in 109 Fällen (40 %), davon in 13 Fällen über drei oder mehr Jahre in Folge. In keinem der Fälle sprach der Rat eine Sanktion aus (Siehe Frage 2).
- Bei der Konzeption des Euros wurde anstatt auf die Krönungstheorie (erst bei erfolgter Konvergenz kann die Krönung durch eine gemeinsame Währung erfolgen) auf die Fundament- resp. Lokomotivtheorie gesetzt (die Währungsgemeinschaft erzwingt die notwendige Konvergenz nachträglich). Dies hat sich als großer Irrtum erwiesen.
- Die europäischen Nationen sind wirtschaftlich und kulturell sehr verschieden. Dies zeigt sich beim Vergleich von Frankreich, Italien und Deutschland besonders deutlich (Siehe Frage 3 und 10).
- Die Einführung des Euros und das Nichteinhalten der SWP-Regeln hat zu verstärkter Divergenz und makroökonomischen Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone geführt (Siehe Frage 2, 5, 8 und 10).
- Viele Mitgliedstaaten waren daher finanzwirtschaftlich und fiskalisch nicht in der Lage, den Auswirkungen des Zusammenbruchs der sog. internationalen Finanzmärkte („Eurodollar-Märkte“) standzuhalten.
- Die Regelungebundenheit hatte Moral Hazard („To-big-to-fail“-Falle) nach der Handlungsmaxime „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ zur Folge.
- Innerhalb der Eurozone (und darüber hinaus) setzte seit 2006 der Teufelskreislauf zwischen Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise ein und führte zum Eurorettungsschirm aus IWF, EFSM/EFSD/ESM kollusiv flankiert durch OMT und QE der EZB sowie zur Bankenunion (SSM, SRM) und der Bankenabwicklungsrichtlinie BRRD (Haftungskaskade, Bail-In-Rule, etc.), abgeleitet aus den Überlegungen der G20-Weltfinanzgipfel.
- Die konsequente rechtsgemäße Anwendung des Fiskalpaktes sowie der Hilfsinstrumente des Eurosystems (OMT, ELA) und des ESM, der auch vorsorgliche wenig konditionierte Hilfen bereithält, reichen grundsätzlich aus, um notleidenden bzw. potenziell notleidenden EU-Mitgliedsstaaten unter angemessenen Auflagen zu helfen

- Im Sinne der Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten sollte es die Möglichkeit zum Ausstieg aus dem Eurosystem ggf. mit übergangserleichternden Überbrückungshilfen im Sinne der Solidarität der Gemeinschaft geben. Darüber hinaus bedarf es einer einheitlichen europäischen Staatsinsolvenzordnung (Siehe Frage 3, 5, 8 und 10)
- Die Glaubwürdigkeit des SWP ist in Frage gestellt, wenn die Beurteilung, ob ein Mitgliedstaat die SWP-Regeln einhält, im Ermessen der EU-Kommission liegt und diese Beurteilung für Dritte nicht vorhersehbar und nachvollziehbar ist (Siehe Frage 4). Die Ahndung von SWP-Regelverstößen sollte dem politischen Ermessen des Rates entzogen und in ein automatisiertes Verfahren überführt werden (Siehe Frage 8).
- Gemäß dem Ansatz der automatischen Stabilisatoren soll das Wachstum der Staatsausgaben nicht über dem Potentialwachstum eines Mitgliedstaates liegen, um haushaltspolitische Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen, verhindern und ggf. sanktionieren zu können (Siehe Frage 8).
- Die Sanktionsempfehlungen der Kommission können mit qualifizierter Mehrheit im Rat zurückgewiesen werden („umgekehrte qualifizierte Mehrheit“). Von „quasi-automatischen“ Sanktionen lässt sich im jetzigen System allerdings nicht reden, da sie weiterhin im Ermessen der Ratsmehrheit liegt und diese nach dem Brexit strukturell in der Hand der Profiteure von Nicht-Sanktionierungen liegt (Siehe Frage 8).
- Der SWP hat daher nicht die nötige Direktionskraft, um die Einhaltung der vertraglichen Defizit- und Schuldenstandobergrenzen und damit die notwendige Konvergenz eines funktionierenden Währungsraums tatsächlich durchzusetzen (Siehe Frage 8).
- Daher sollte es eine unabhängige Bewertungsstelle geben, ähnlich dem Stabilitätsrat in Deutschland (Siehe Frage 4).
- Der Europäische Rechnungshof (ERH) sollte mehr Prüfrechte erhalten und z.B. auch die EZB und den ESM prüfen dürfen (Siehe Frage 8).
- Die Stimmrechte im EZB-Rat sollten gemäß EZB-Kapitalschlüssel verteilt werden. Das Rotationsverfahren ist abzuschaffen (Siehe Frage 8).

Zusammenfassung

- Es sollte nur noch ein SWP-Überwachungsziel-Ziel geben, welches Ausgaben- und Schuldenkonsolidierungsregel verbindet, und auf die Schuldentragfähigkeit ausgerichtet ist. Es sollte weniger nicht beobachtbare Variablen geben und auf eine allgemeine Ausnahmeklausel ausgewichen werden (Siehe Frage 4).
- Es könnten bei Einhaltung vereinbarter Konsolidierungspfade jährliche Konsolidierungshilfen aus dem EU-Haushalt bereitgestellt werden. Zu diesem Zwecke könnten nicht abgerufene Gelder aus dem NGEU oder Haushaltsreste aus dem EU-Haushalt einem zweckgebundenen Konsolidierungsunterstützungsfonds zugeführt werden (Siehe Frage 4).
- Die Anhebung der Schuldenobergrenzen führt nicht zu dauerhaft tragfähigen Haushalten und ist selbst vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Notlage nicht notwendig (Siehe Frage 4).
- Die Schaffung einer Transferunion und die Aufgabe der nationalen Souveränitäten zugunsten eines EU-Bundesstaates gefährden den Zusammenhalt der EU (Siehe Frage 4 und 10).
- Die Defizitziele des SWP sollten als einfache primäre operative Steuerungsgrößen dienen. Das MIP wiederum soll der strategischen Frühaufklärung der makroökonomischen Rahmenbedingungen der angestrebten nachhaltigen öffentlichen Finanzen und Konvergenz innerhalb der Eurozone und Kohäsion innerhalb der Gesamt-EU dienen (Siehe Frage 5).
- Falls Länder durch grob fahrlässiges und gar vorsätzliches Verhalten die Stabilität des Eurosystems untergraben oder den ökonomischen Stabilitätszielen der EU entgegenstehen, sollte der Kommission und dem Rat die Möglichkeit gegeben werden, diese Länder aus der Eurozone oder im Ultima-Ratio-Fall aus der EU nach klar definierten Regeln auszuschließen (Siehe Frage 5).
- Die Rückhaltelinien der Hilfsinstrumente des ESM und des Eurosystems (OMT, ELA) sind als positive Anreize zur Durchsetzung der SWP-Regeln anzusehen. Die Ultima-Ratio Länder vom Eurosystem zu suspendieren ist als negativer Anreiz anzusehen. Die Einleitung eines vorläufigen Verfahrens würde hierbei auch dazu dienen Reputationskosten aufzuerlegen (Siehe Frage 8).
- Das Eurosystem sollte reformiert werden, z.B. durch Schaffung mehr als einer Gemeinschaftswährung, die nun jeweils homogene Währungsräume umfassen und an den geldpolitischen Ursachen der makroökonomischen Ungleichgewichte ansetzen, falls es nur noch durch Einführung einer Transferunion, z.B. via Eurobonds i.V.m. mit dauerhaftem NGEU, tragfähig gehalten werden könnte (Siehe Frage 5).

- Makroökonomische Konditionalitäten für die Kohäsionspolitik sind kritisch zu betrachten, u.a. weil sie die Einführung einer bei der EU zentralisierten Wirtschaftsunion durch die Hintertür bedeuten würde, zumal, wenn die Regionen für etwas verantwortlich gemacht würden, was der Zentralstaat verantworten muss (Siehe Frage 5).
- Die Ausgaben der EU müssen durch einen europäischen Mehrwert begründet sein, daher sollten Mittel, z.B. die Mittel des neuen „Haushaltsinstrumentes für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ (BICC), verstärkt für „Projekte mit EU-weiter Bedeutung wie Technologieförderungen und grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte“ verwendet werden (Siehe Frage 5).
- Der NGEU ist mit dem EU-Recht nicht vereinbar. Er hebt den ESM und seine in Art. 136 Abs. 3 AEUV geforderten strengen Auflagen aus. Dadurch wurde die Glaubwürdigkeit der dreifachen Sicherungs- und Überwachungsstruktur aus SWP, MIP und ESM/EZB sowie die Direktionskraft des SWP weiter geschwächt (Siehe Frage 6).
- Die Europäischen Doppik-Regeln (EPSAS) sollten von allen Ländern einheitlich angewandt werden, um die Transparenz und Vergleichbarkeit zwischen den Mitgliedsstaaten bei der Überwachung der Defizitkriterien, der möglichen Konsolidierungsvereinbarungen und der Investitionsplanungen im Rahmen des Fiskalpaktes, des MIP und des Europäischen Semesters gewährleisten zu können (Siehe Frage 7).
- Um auch langfristige demographische und andere Effekte berücksichtigen zu können, wäre es denkbar, verpflichtend Generationenbilanzen zu erstellen (Siehe Frage 7).
- Die EU-Schulden, welche die EU im Rahmen des NGEU für die Mitgliedsländer aufgenommen haben, sollten den nationalen Schuldenständen zur Überwachung der Fiskalregeln statistisch zugerechnet werden. Dies ist bisher nicht Fall und führt zu einer Falschdarstellung der Schuldenkriterien (Siehe Frage 7).
- Die vorgeschlagenen Ausnahmen beim Fiskalpakt für sogenannte Klima- und Digitalisierungsinvestitionen sind als Umgehungstatbestand und Fehlanreiz zur weiteren Nichteinhaltung der Schuldenkriterien abzulehnen (Siehe Frage 7).
- Die Ausgaben der EU müssen durch einen europäischen Mehrwert begründet sein, daher sollten Mittel, z.B. die Mittel des neuen „Haushaltsinstrumentes für Konvergenz und

Wettbewerbsfähigkeit“ (BICC), verstärkt für „Projekte mit EU-weiter Bedeutung wie Technologieförderungen und grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte“ verwendet werden (Siehe Frage 7).

- Solange keine Regelkonformität und Konvergenz in der Eurozone besteht und der Teufelskreislauf zwischen Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise nicht überwunden und der Abbau der entsprechenden Altlasten an faulen Krediten und anderen toxischen Assets nicht vollzogen ist, sollte es keine Einheitliche Europäische Einlagensicherung geben, denn dies würde dem Versicherungsprinzip widersprechen.
- Der Fahrplan wurde rechtlich fragwürdig durch Staats- und Unternehmensanleihekäufe in Billionenhöhe durch die EZB flankiert. Jedoch wurde die „erkaufte“ Zeit von den fiskalisch und wirtschaftlich schwachen Ländern nicht ausreichend für strukturelle Veränderungen genutzt. Stattdessen führte die Nullzinspolitik zur fiskalischen Repression und zur fiskalischen Dominanz der Geldpolitik (Siehe Frage 3 und 10).
- Die Neukonzeption des Eurosystems und des SWPs hat im Sinne der Krönungstheorie zu erfolgen (Siehe Frage 2 und 10), um solche Fehlentwicklungen zukünftig zu verhindern.
- Darüber hinaus gilt es die spätestens seit den 1970er Jahren bestehenden Probleme mit den Offshore-Dollar-Geldmärkten („Eurodollarmärkte“) zu lösen. Dazu ist auf G20-Ebene ein tragfähiges Weltwährungssystem¹³⁰ zu erbauen und eine destruktive Vereinnahmung der Währungspolitik für Geopolitik respektive die Sicherheits- und Außenpolitik zu unterbinden (Siehe Frage 2 und 10).
- Gutfunktionierende staatliche Ordnung gibt den Bürgern des Staates „innere, äußere und soziale Sicherheit. Zu diesem Zweck gilt es, das Geld effektiv und effizient zu verausgaben und auf angemessene, tragfähige Weise zu finanzieren (Siehe Frage 11).
- Die politischen Eliten sind jedoch häufig darauf bedacht, die Ausgaben nicht nur nach ihrer Effektivität auszurichten, sondern Wählerstimmen zu gewinnen und Sonderinteressen zu

¹³⁰ Manager-Magazin, 07.08.2019, USA und China im Streit Wie ein Währungskrieg funktioniert; <https://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/schreckgespenst-waerungskrieg-was-der-welt-wirklich-droht-a-1280687.html>

befriedigen. Daher müssen Mechanismen geschaffen werden, die fördern, dass der Staat nicht über seine Verhältnisse lebt und seine Aufgaben effektiv und effizient erfüllt (Siehe Frage 11).

- Die momentan im Euroraum herrschende „Fiskalische Repression“ und „fiskalische Dominanz“ sind Beispiele dafür, wohin es führt, wenn es keine funktionierenden Mechanismen solcherart gibt. Ein Extrembeispiel hierfür wäre auch die am Ende in sich zusammenbrechende Kommandoplan-Wirtschaft des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie die gescheiterte Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung in Frankreich Anfang der 1980er Jahre (Siehe Frage 11).

4. Fazit

Die Einhaltung des SWP ist zutiefst pro-europäisch, weil solide Staatsfinanzen die Grundvoraussetzung für Vertrauen und Solidarität in Europa und die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank sind. Der bisherige Ansatz vieler Mitgliedsländer sich aus politischen Gründen nicht an den SWP zu halten, haben das Eurosystem und die EU in ein gefährliches Fahrwasser gebracht.

Die „Lissabon-Strategie“, das Programm, das zum Ziel hatte, die Europäische Union innerhalb von zehn Jahren, also bis 2010, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ ist gescheitert, das Nachfolgeprogramm „Europa 2020“, dessen Ziel es war, wenigstens ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ herbeizuführen, ebenfalls.

Auf Basis des inhomogenen Eurowährungsraums, der zur Lokomotive für die Konvergenz der EU werden sollte, hat sich ein Teufelskreislauf aus Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise gebildet und im Ergebnis haben wir „Staatsschulden wie nach einem Weltkrieg“.

Die Corona-Krise zeigt nochmals eindrücklich wie wichtig die Einhaltung der Europäischen Fiskalregeln ist. Denn nur bei tragfähigen Staatshaushalten ist eine „angemessene Stabilisierung des Konjunkturzyklus und genug Spielraum für expansive Politik in Krisenzeiten“ möglich.

Ein SWP mit glaubwürdiger Direktionskraft würde „den Druck auf den Staat, seine Kernaufgaben gut und effizient zu erfüllen erhöhen. Mit einem wie vorgeschlagen reformierten EU-Rahmen für wirtschaftspolitische Steuerung ließe sich die Balance zwischen angemessener Konsolidierung und notwendiger Zukunftsinvestition noch bewahren. Eine europäische Transfer- und Schuldenunion würde diese Möglichkeit vor dem Hintergrund des globalen Systemwettbewerbs jedoch über kurz oder lang zerstören, da es auch die Geberländer auf Dauer überfordern würde.

Um den Zusammenhalt der EU auch zukünftig zu bewahren, sollten alle Mitgliedstaaten sich endlich an das EU-Recht halten oder ansonsten konsequent eigene Wege gehen.

I. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
BRRD	Bankenabwicklungsrichtlinie (engl. englisch Bank Recovery and Resolution Directive)
BICC	Budgetary Instrument for Competitiveness and Convergence
BIS	Bank for International Settlements (dt. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (engl. Bank for International Settlements)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CEP	Centrum für Europäische Politik
CRI	Convergence and Reform Instrument
ECB	European Centralbank
EDIS	Europäisches Einlagenversicherungssystem (engl. European deposit insurance scheme)
EDP	Übermäßiges Defizitverfahren (engl. engl. Excessive deficit procedure)
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazität
EIP	Übermäßiges Ungleichgewichtsverfahren (engl. Excessive Imbalance Procedure)
ELA	Emergency Liquidity Assistance
EMU	Economic and Monetary Union (dt. Wirtschafts- und Währungsunion)
EPSAS	European Public Sector Accounting Standards
ERH	Europäische Rechnungshof

Quellenverzeichnis

ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EZB	Europäische Zentralbank
G7	Gruppe der Sieben
G20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards
IWF	Internationaler Währungsfonds (engl. International Monetary Fund)
KOM	Europäische Kommission
MFF	Multiannual Financial Framework (dt. Mehrjähriger Finanzrahmen)
MFR	Mittelfristiger Finanzrahmen (engl. Multiannual Financial Framework)
MIP	Makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren (engl. Macroeconomic Imbalance Procedure)
MTO	Medium-Term Budgetary Objective (dt. mittelfristiges Haushaltsziel)
NGEU	Next Generation EU
RISP	Reform and Investment Support Programme
RRF	(dt. Aufbau- und Resilienzfazilität)
SAREB	Sociedad de Gestión de Activos procedentes de la Reestructuración Bancaria
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt (engl. Stability and Growth Pact)
OMT	geldpolitische Outright-Geschäfte (engl. Outright Monetary Transactions)
QE	Quantitative Easing
SSM	Einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus (Single Resolution Mechanism)
SRM	Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (engl. Single Resolution Mechanism)
SRB	Einheitlicher Abwicklungsausschuss (engl. Single Resolution Board)
TSI	Technical Support Instrument
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion (engl. Economic and Monetary Union)

II. **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Einhaltung der EU-Fiskalvorschriften 1998-2018 (in % der Mitgliedstaaten)	7
Abbildung 2: Staatsschulden wie nach dem Zweiten Weltkrieg (DiePresse)	29

III. Quellenverzeichnis

Abelshauser, W., 2009, Aus Wirtschaftskrisen lernen – aber wie? Krisenszenarien im Vergleich, Institut für Zeitgeschichte, VfZ 4/2009 Jahrgang 57 (2009), Heft 4; https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4_1_abelshauser.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Bank for International Settlements BIS, 2012, BIS Papers No 65, Threat of fiscal dominance?, <https://www.bis.org/publ/bppdf/bispap65.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Bank for International Settlements BIS, 2012, BIS Papers No 65, Threat of fiscal dominance?, <https://www.bis.org/publ/bppdf/bispap65.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Beáta Farkas, 2016, Models of Capitalism in the European Union. Post-crisis Perspectives, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2016.

Börsenzeitung, 29.06.2021, BIZ warnt vor fiskalischer Dominanz - Borio: Es droht politischer Druck auf Zentralbanken; <https://www.boersen-zeitung.de/biz-warnt-vor-fiskalischer-dominanz-a89f1c20-d8d8-11eb-a47c-3500cff66eb5> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Bundesrechnungshof, 11.03.2021, Bericht nach § 99 BHO zu den möglichen Auswirkungen der gemeinschaftlichen Kreditaufnahme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den Bundeshaushalt (Wiederaufbaufonds).

Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung Nr. 32/2020 vom 5. Mai 2020, Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm kompetenzwidrig; <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-032.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 05. Mai 2020, - 2 BvR 859/15 -, Rn. 1-237; http://www.bverfg.de/e/rs20200505_2bvr085915.html [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Bundeszentrale für politische Bildung, 27.5.2020, Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990; <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47133/zusammenbruch> [zuletzt abgerufen: 28.12.2021]

CEP Centrum für Europäische Politik, cep Input Nr. 14 | 2020, Wie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine solide Fiskalpolitik fördern kann; <https://www.cep.eu/eu-themen/details/cep/wie-eine-reform-des-stabilitaets-und-wachstumspakts-eine-solide-fiskalpolitik-foerdern-kann-cepinput.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Committee for the Study of Economic and Monetary Union, Report on Economic Monetary Union in the European Community [»Delors Report«], Luxemburg, 12.4.1989.

Darvas Z., Martin P., Ragot X., 2018, European fiscal rules require a major overhaul, Bruegel Policy Contribution Issue 18; https://www.bruegel.org/wp-content/uploads/2018/10/PC-18_2018.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Der Neue Kämmerer, 20.12.2021, EPSAS kommt wahrscheinlich später; <https://www.derneuekaemmerer.de/finanzen/doppik/epsas-kommt-wahrscheinlich-spaeter-13294/> [abgerufen: 27.12.2021]

Deutsche Bundesbank, 2020, Monatsbericht August 2020; <https://www.bundesbank.de/resource/blob/841042/a92bc81ea3c6e6a175030fb5791ff493/mL/2020-08-monatsbericht-data.pdf>

[zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Deutsche Bundesbank, 2020, Monatsbericht April 2020, Der EU-Haushalt und seine Finanzierung: Rückschau und Ausblick; <https://www.bundesbank.de/resource/blob/831224/316abdde210abd716e8dde2e17a65d83/mL/20-04-eu-haushalt-finanzierung-data.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Deutsche Bundesbank, 27.02.2015, Weidmann: „Einige Regierungen haben die Zeit nicht genutzt“; <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/-einige-regierungen-haben-die-zeit-nicht-genutzt--664358> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Deutsche Bundesbank, 15.09.2016, Rede beim Institut Ökonomie der Zukunft von Bundesbankpräsident Jens Weidmann: Wunsch und Wirklichkeit: Die Lage in der Europäischen Währungsunion, 15.09.2016, Karlsruhe; <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/wunsch-und-wirklichkeit-die-lage-in-der-europaeischen-waehrungsunion-665036> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Deutsche Bundesbank, 19.11.21, Weidmann: Geldpolitik muss eigene Grenzen erkennen und respektieren; <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/weidmann-geldpolitik-muss-eigene-grenzen-erkennen-und-respektieren-880236> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/27210S.14; <https://dserver.bundestag.de/btd/19/272/1927210.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Die Lissabon-Strategie, WD 11 - 205/06; <https://www.bundestag.de/resource/blob/412428/f594813fcab0430692ffc80ca9f82df9/wd-11-205-06-pdf-data.pdf> [zuletzt abgerufen: 28.12.2021]

Die Deutsche Regierung, G7; https://www.g7germany.de/Webs/G7/DE/G7-Gipfel/Geschichtlicher-Ueberblick/geschichtlicher-ueberblick_node.html [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Die Presse, 16.04.2021, Staatsschulden wie nach einem Weltkrieg; <https://www.diepresse.com/5966448/staatsschulden-wie-nach-einem-weltkrieg> [zuletzt abgerufen: 28.12.2021]

Deutschlandfunk, 11.02.2012, Teurer Umweg; <https://www.deutschlandfunk.de/teurer-umweg-100.html> [zuletzt abgerufen: 28.12.2021]

EUR-Lex, Requirements for Euro area countries' budgets; <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:ec0021> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

EUR-Lex, AEUV, Protokoll Nr. 12 über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit; <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:12012E/TXT> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

EUR-Lex, Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates, in: Amtsblatt der EU, Nr. L 347, 20.12.2013, S. 320–4; <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32013R1303> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Euractiv, 23.04.20, Reforms, investment and the EU Recovery Plan; <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/opinion/reforms-investment-and-the-eu-recovery-plan/> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, 06.12.2017, Commission sets out roadmap for deepening Europe's Economic and Monetary Union; https://ec.europa.eu/info/publications/completing-europes-economic-and-monetary-union-factsheets_en [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, Completing Europe's Economic and Monetary Union- policy package; https://ec.europa.eu/info/publications/economy-finance/completing-europes-economic-and-monetary-union-policy-package_en [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, Das Europäische Semester; https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/european-semester_de [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, Europäischer Aufbauplan; https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_de [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, Factsheet Completing Europe's economic and monetary union; https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/further-steps-completing-emu_en.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, MEMO/11/898, 12.12.2011, EU-„Six-Pack“ zur wirtschaftspolitischen Steuerung tritt in Kraft; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_11_898 [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 28.11.2012, A Blueprint for a deep and genuine Economic and Monetary Union: Launching a European debate; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_12_1272 [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, Public debate on the review of the EU economic governance; <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Public-debate-on-the-review-of-the-EU-economic-governance#page0> [zuletzt abgerufen: 28.12.2021]

Europäische Kommission, Timeline: The Evolution of EU Economic Governance; https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/timeline-evolution-eu-economic-governance_de [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Kommission, Vade Mecum on the Stability & Growth Pact – 2018 Edition; https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/ip075_en.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Union, Einheitlicher Abwicklungsausschuss (SRB); https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/institutions-and-bodies-profiles/srb_de [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Zentralbank EZB, Asset purchase programmes; <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/app/html/index.en.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Zentralbank EZB, Asset purchase programmes; <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/app/html/index.en.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäische Zentralbank EZB, ECB Occasional Paper, No. 160, Research Report The four unions "PIE" on the Monetary Union "CHERRY": a new index of European Institutional Integration; <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecbop160.en.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäischer Finanzrat, Annual report 2019, S. 35-37.

Europäischer Gerichtshof EuGH, Urteil vom 27.11.2012, C-370/12, Thomas Pringle ./ . Government of Ireland

Europäischer Rat, Erläuterung des Haushaltsinstruments für das Euro-Währungsgebiet; <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/emu-deepening/bicc-fag/> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäischer Rechnungshof, Themenpapier zum Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (liegt nur in englischer Sprache vor); Landscape-Analyse: „Lücken, Überschneidungen und Herausforderungen: Eine Landscape-Analyse der EU-Regelungen zur Rechenschaftspflicht und zur öffentlichen Finanzkontrolle“; Stellungnahme Nr. 2/2018

Eurostat, 16.02.2021, Sector classification of the Sociedad de activos de Reestructuración (SAREB); <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/1015035/12427511/Spain+sector+classification+of+SARE>

[B.pdf#:~:text=Eurostat%20considers%20that%20SAREB%20should%20be%20re-classified%20inside,analysed%20in%20line%20with%20the%20ESA%2020210%20rules.](#) [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Eurostat, 17.12.2020, Methodological note Draft Guidance Note on the statistical recording of the recovery and resilience facility, 37.-38.;
https://ec.europa.eu/eurostat/documents/1015035/11337978/Draft_guidance_note_on_the_statistical_recording_of_the_recovery_and_resilience_facility.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Eurostat, Europäische Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor – EPSAS;
<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/epsas> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Europäisches Parlament – EGOV, 2020, Potential output estimates and their role in the EU fiscal policy surveillance – February 2020;
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/574407/IPOL_BRI\(2016\)574407_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/574407/IPOL_BRI(2016)574407_EN.pdf) [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

FAZ, 19.11.2020, Konflikt um Einlagensicherung: Bankfusionen scheitern an nationalen Grenzen;
<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/edis-konflikt-blockiert-laut-enria-die-eu-bankenunion-17058717.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

FAZ, 16.02.21, Europäische Corona-Hilfen: Ifo-Forscher für Korrekturen;
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/europaeische-corona-hilfen-ifo-forscher-fuer-korrekturen-17200558.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Financial Stability Board FSB, 2009, Report of the Financial Stability Board to G20 Finance Ministers and Governors, Progress since the Pittsburgh Summit in Implementing the G20 Recommendations for Strengthening Financial Stability; https://www.fsb.org/wp-content/uploads/r_091107a.pdf
[zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Fuest, 19.12.2021, Ifo-Institut, Stellungnahme im Rahmen der Anhörung im Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages am 22. März 2021 zum Entwurf eines Gesetzes zum Beschluss des Rates vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union und zur Aufhebung des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz – ERatG) Bundestagsdrucksache 19/26821 vom 19.2.2021 von Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest; <https://www.bundestag.de/resource/blob/828582/144b0310516b377c3bdbbb69b20d1230/Prof-Dr-Clemens-Fuest-data.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Fuest / Dorn, 2021, Next Generation EU: Chancen und Risiken des europäischen Fonds für die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise, Wirtschaftsdienst 101. Jahrgang, 2021, Heft 2, S. 78–81; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/2/beitrag/next-generation-eu-chancen-und-risiken-des-europaeischen-fonds-fuer-die-wirtschaftliche-erholung-nach-der-corona-krise.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Gasparotti, A./ Kullas M., 2020, cepInput, Nr. 14 | 2020, Wie eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine solide Fiskalpolitik fördern kann; https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Studien/ceplnput_Stabilitaets-und_Wachstumspakt/ceplnput_Wie_eine_Reform_des_Stabilitaets-und_Wachstumspakts_eine_solide_Fiskalpolitik_foerdern_kann.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Gros/ Corti, 2021, CEPS Policy Insights, No 2021-14 / October 2021, Fiscal rules in a post-Covid brave new world; https://www.ceps.eu/wp-content/uploads/2021/10/PI2021-14_Fiscal-rules-in-a-post-Covid-brave-new-world.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Heinemann / Kemper, 2021, The ECB Under the Threat of Fiscal Dominance – The Individual Central Banker Dimension; https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/ZEW_Fiscal%20Dominance_20210906.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Homburg, S./ Mayer, T., et al, 2013, Finanzielle Repression – ein Instrument zur Bewältigung der Krisenfolgen?, Wirtschaftsdienst 93. Jahrgang · November 2013 · Heft 11; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2013/heft/11/beitrag/finanzielle-repression-ein-instrument-zur-bewaeltigung-der-krisenfolgen.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Hoyo/ Dorrucchi/ Heinz/Muzikarova, 2017, Real Convergence in the Euro Area: A Long-term Perspective, Frankfurt a.M.: European Central Bank (ECB), Dezember 2017 (ECB Occasional Paper Series, Nr. 203); <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecb.op203.en.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, IW-Analysen 121, Kohäsionspolitik in der Europäischen Union - Bestandsaufnahme und Neuorientierung Berthold Busch;
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Analysen/PDF/2018/IW-Analyse_121_Kohaesionspolitik_in_der_EU.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

KPMG, IPSAS/EPSAS; <https://home.kpmg/de/de/home/dienstleistungen/branchen-und-maerkte/oeffentlicher-sektor/ipsas-epsas.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Lippert / Perthes (Hg.), 05.02.2020, Strategische Rivalität zwischen USA und China - Worum es geht, was es für Europa (und andere) bedeutet, SWP-Studie 2020/S 01; <https://www.swp-berlin.org/publikation/strategische-rivalitaet-zwischen-usa-und-china> [zuletzt abgerufen: 28.12.2021]

LTO Legal Tribune Online, 05.05.21, BVerfG auf Konfrontation mit dem EuGH
Anleihenkaufprogramm der EZB kompetenzwidrig; <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bverfg-2bvr85915-ezb-anleihenkauf-eugh-geldpolitik-pspp-dialog-konfrontation/> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Macron, E., 2017, Sorbonne-Rede; <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatsprasident-Macron-im-Wortlaut> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Manager-Magazin, 07.08.2019, USA und China im Streit Wie ein Währungskrieg funktioniert;
<https://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/schreckgespenst-waehrungskrieg-was-der-welt-wirklich-droht-a-1280687.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Marris S., 1986, Defizite und der Dollar - Die Weltwirtschaft in Gefahr, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg, 1. deutschsprachige Auflage, Hamburg: Verlag Weltarchiv

Matthes, J., Januar 2021, Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus – eine Einordnung, Wirtschaftsdienst 101. Jahrgang, Januar 2021, Heft 1; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2021/heft/1/beitrag/reform-des-europaeischen-stabilitaetsmechanismus-eine-einordnung.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Murau / Rini / Haas, 2019, The evolution of the Offshore US-Dollar System: past, present und four possible futures, Cambridge University Presse, Journal of Institutional Economics (2020), 16, S.767-783; <https://www.cambridge.org/core/journals/journal-of-institutional-economics/article/evolution-of-the-offshore-usdollar-system-past-present-and-four-possible-futures/B36ED9082CECE54F3F5B8E8F40D15148> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Murswiek, 2015, Rechtsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Das ABS-Ankaufprogramm der EZB - Ist das Asset-Backed Securities Purchase Programme (ABSPP) vom geldpolitischen Mandat der EZB gedeckt?; https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Gutachten_Stiftung_Familienunternehmen_Das_ABS-Ankaufprogramm_der_EZB.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Neue Zürcher Zeitung NZZ, 15.07.2020, Die «sparsamen Vier» gegen Macron und Merkel: Was treibt diese Länder an?; <https://www.nzz.ch/international/die-sparsamen-vier-in-der-eu-gegen-macron-und-merkel-ld.1566457?reduced=true> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Neues Deutschland, 07.07.2001, Noch weiß niemand, was ein Transferrubel wert ist - Verbindlichkeiten aus Zeiten des UdSSR-DDR-Handels sind nach wie vor nicht endgültig geregelt; <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1662.noch-weiss-niemand-was-ein-transferrubel-wert-ist.html>

Norddeutscher Rundfunk, 05.07.2021, RGW: Der sozialistische Wirtschaftsriese und sein Scheitern; <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/RGW-Geschichte-und-Scheitern-des-Wirtschaftsbuendnisses,rgw102.html> [zuletzt abgerufen: 28.12.2021]

Olivier, Jeanne / Hou, Wang, August 2012, Fiscal Challenges to Monetary Dominance, Johns Hopkins University; https://www.banque-france.fr/sites/default/files/media/2017/06/06/01_jeanne.pdf
[zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Rat der Europäischen Gemeinschaften, Entscheidung des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel, 18.2.1974 (74/120/EWG).

Republik Österreich Parlament, Hintergrundpapier, Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU, Wien, 17. - 18. September 2018; <https://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU2018/WIPOKONF/Hintergrundpapier1.shtml> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Rosefielde, B. Steven, 2003, Comparative Economic Systems. Culture, Wealth, and Power in the 21st Century, Malden, Mass.: Blackwell, 2002; Bruno Amable, The Diversity of Modern Capitalism, Oxford/New York: Oxford University Press, 2003.

Schout, A. / Padberg, C., 2019, Monitoring and enforcement in the European Union: towards a multilevel subsidiarity based independent governance model – the case of the Stability and Growth Pact, Clingendael Policy.

Schuknecht, L., 2021, Finanzpolitik braucht einen ordnungspolitischen Anker in guten und in schlechten Zeiten, Ifo Schnelldienst 4 2021, 14. April 2021, 74. Jahrgang, S.3-7; <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-04-schuldenbremse.pdf> [zuletzt abgerufen: 28.12.2021]

Sinn, H.W., 2021, Die wundersame Geldvermehrung – Staatsverschuldung, Negativzinsen, Inflation, 1. Auflage, Herder-Verlag: Breisgau.

Spiegel, 14.12.2021, Widerstand gegen Reform der EU-Schuldenregeln - Warum die Ampel jetzt geduldig sein sollte; <https://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-fiskalpakt-warum-die-ampel-jetzt->

[geduldig-sein-sollte-kolumne-a-8f913d8f-3cff-480e-ab65-0b38781e05a6](#) [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Spiegel, 15.11.2004, Beitrittsbetrug - Griechenland kommt ungeschoren davon;
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/beitrittsbetrug-griechenland-kommt-ungeschoren-davon-a-328030.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Straubhaar, T./ Winkeljohann, N., 2013, Chancen und Risiken einer Transferunion, HWWI / PwC Studienreihe Politik und Wirtschaft – Der Euro in der Krise; https://www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/assets/pwc_studie_chancen_und_risiken_einer_fiskalunion.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Stabilitätsrat; https://www.stabilitaetsrat.de/DE/Home/home_node.html [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Stabilitätsrat, Stellungnahme vom 14. Dezember 2020 zur Einhaltung der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit;
https://www.finanzwissenschaft.rw.fau.de/files/2020/12/stellungnahme_15_beirat_stabirat_website.pdf [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Stiftung-Marktwirtschaft, EU-Nachhaltigkeitsranking; <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/themen/generationenbilanz/> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Stiftung Wissenschaft und Politik SWP, SWP-Studie 2018/S 25, Dezember 2018; Deutschland, Frankreich und Italien im Euroraum, Ursprünge, Merkmale und Folgen der begrenzten Konvergenz;
<https://www.swp-berlin.org/publikation/euroraum-begrenzte-konvergenz/> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Süddeutsche-Zeitung, 19.05.2010, Statistik-Skandal Griechen schummelten sich in Währungsunion;
<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/statistik-skandal-griechen-schummelten-sich-in-waehrungsunion-1.918589> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Süddeutsche-Zeitung, 12.09.2021, EU-Stabilitätspakt: Auch grüne Schulden sind Schulden;
<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/stabilitaetspakt-green-golden-rule-eu-klimaschutz-1.5407919> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Tagesspiegel, 02.02.2015, Die Troika und Griechenland - Feind statt Retter,
<https://www.tagesspiegel.de/politik/die-troika-und-griechenland-feind-statt-retter/11317746.html>
[zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

WELT, 17.03.2015, In drei Tagen sucht der Goldman-Pakt Griechenland heim;
<https://www.welt.de/wirtschaft/article138502753/In-drei-Tagen-sucht-der-Goldman-Pakt-Griechenland-heim.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

WELT, 16.05.2017, „Politisches Instrument“ - EU-Beamter rechnet gnadenlos mit griechischer Statistik ab; <https://www.welt.de/wirtschaft/article164623921/EU-Beamter-rechnet-gnadenlos-mit-griechischer-Statistik-ab.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

WELT, 16.12.2021, Europas Angst vor den US-Sanktionen gegen Russland;
<https://www.welt.de/wirtschaft/plus235678560/Swift-Ausschluss-Europas-Angst-vor-den-US-Sanktionen-gegen-Russland.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Wirtschaftswoche, 16.07.2015, Was wusste Draghi von dem Deal?;
<https://www.wiwo.de/unternehmen/banken/europaeische-zentralbank-was-wusste-draghi-ueber-den-griechen-deal-von-goldman-sachs/12065928.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

Zimmermann, G./ Baier, F., 2012, Financial Repression – Ein neues Umfeld für die Finanzmärkte?,
Wirtschaftsdienst, 92. Jahrgang, September 2012, Heft 9; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2012/heft/9/beitrag/financial-repression.html> [zuletzt abgerufen: 27.12.2021]

IV. Anlage

Timeline: The Evolution of EU Economic Governance	
1992	
	<p>EU Member States sign the Treaty of Maastricht</p> <p>The Treaty of Maastricht introduces the euro as a common currency and limits government deficits and public debt levels to 3% and 60% of GDP respectively.</p>
1997	
	<p>The ‘Stability and Growth Pact’ is born</p> <p>EU Member States agree to strengthen the surveillance and coordination of national fiscal and economic policies to enforce the Maastricht rules.</p>
1998	
	<p>Stability and Growth Pact</p> <p>Entry into force of the SGP preventive arm</p>
1999	
	<p>Stability and Growth Pact</p> <p>Entry into force of SGP corrective arm.</p>
2003	
	<p>‘Commission and Council go to court’</p> <p>EU finance ministers reject the European Commission’s recommendation to initiate sanctions proceedings against France and Germany for flouting the Stability and Growth Pact’s rules. The Commission takes the Council to the European Court of Justice.</p>
2004	
	<p>ECJ rules on the Stability and Growth Pact</p> <p>The European Court of Justice overturns the Council’s rejection of the Commission’s recommendations citing procedural issues but rules that responsibility for enforcing the Stability and Growth Pact lies with the Council.</p>
2005	

<p>‘End of the one-size-fits all era’</p> <p>EU lawmakers amend the ‘Stability and Growth Pact’ enabling it to better consider individual national circumstances.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Surveillance and coordination are strengthened. ➤ The excessive deficit procedure is clarified and made faster.
2010
November
<p>Kick-off first ‘European Semester’</p> <p>The monitoring and coordination of fiscal and economic policies and the Commission’s policy recommendations are integrated and organised.</p>
2011
September
<p>EMU</p> <p>With the future of the euro area in question, the monitoring, coordination and enforcement of economic governance moves up a gear. A collection of six new laws, known as the ‘six-pack’ is agreed by EU lawmakers in September 2011. The monitoring of both budgetary and economic policies is organised under the European Semester and further details on the implementation of the SGP’s rules are laid down in a ‘Code of Conduct’.</p>
<p>EMU</p> <p>Macroeconomic imbalances in one country that could spillover and threaten others come under scrutiny and the Macroeconomic Imbalances Procedure is born. The Stability and Growth Pact becomes more comprehensive and easier to enforce. The Six-Pack entered into force in December 2011.</p>
2012
December
<p>EMU</p> <p>The Four Presidents’ Report "Towards a Genuine Economic and Monetary Union" provides a roadmap for the completion of the Economic and Monetary Union. It focuses on completing, strengthening and implementing the enhanced economic governance, as well as on establishing a Banking Union for the euro area by adopting the Single Supervisory Mechanism, as well as new rules on bank recovery and resolution, and on deposit guarantees.</p>

<ul style="list-style-type: none"> ➤ TOWARDS A GENUINE ECONOMIC AND MONETARY UNION ➤ A Blueprint for a deep and genuine Economic and Monetary Union: Launching a European debate ➤ A Blueprint for a deep and genuine Economic and Monetary Union (EMU): Frequently Asked Questions
March
<p>The Fiscal Compact is passed</p> <p>Euro area Member States agree to make the goal of balanced budgets part of their national constitutions and future euro area members agree to do so once they adopt the common currency. The fiscal compact is part of a treaty known as the Treaty on Stability, Coordination and Governance, which entered into force in January 2013.</p> <p>The TSCG also introduced Euro Summits, i.e. meetings of euro area leaders which take place at least twice a year.</p>
2013
February
<p>The "two-pack" is passed</p> <p>EU lawmakers approve legislation in which euro area Member States agree to prepare their budgets according to common standards and a common timeline, submitting drafts to the Commission and each other. The two pack entered into force in May 2013.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Regulation No 472/2013 ➤ Regulation No 473/2013
2014
November
<p>Review</p> <p>A review of the Six-Pack and Two-Pack which was called for in the legislation, determined that the legislation had contributed to the progress of fiscal consolidation in the EU. The review highlighted some strengths as well as possible areas for improvement, such as improved transparency and simplicity.</p>
2015
October
<p>EMU</p> <p>The Commission adopts a package of measures to begin implementing the Five Presidents' Report. It entails a revised approach to the European Semester, the introduction of national Competitiveness Boards and an advisory European Fiscal Board; a more unified representation of the euro area in international financial institutions, especially the IMF; and steps to complete the Banking Union, notably via a European Deposit Insurance Guarantee Scheme.</p>

<p>➤ The 10 Priorities of the Commission: A Deeper and Fairer EMU</p>
<p>June</p>
<p>EMU</p> <p>The Five Presidents' Report "Completing Europe's Economic and Monetary Union" sets out ambitious plans on how to deepen the Economic and Monetary Union in three stages and to complete it by 2025 at the latest. It proposes to complete four Unions, an Economic, Financial, Fiscal, and Political Union.</p>
<p>➤ Five Presidents' Report sets out plan for strengthening Europe's Economic and Monetary Union as of 1 July 2015</p> <p>➤ Completing Europe's Economic and Monetary Union – College of Commissioners discusses first steps</p>
<p>January</p>
<p>Flexibility</p> <p>The Commission issues guidance on how it will apply the SGP rules to strengthen the link between structural reforms, investment and fiscal responsibility in support of jobs and growth.</p>
<p>2017</p>
<p>February</p>
<p>Fiscal compact</p> <p>The Commission adopts a Report assessing the compliance of the national provisions adopted by each of the 22 Member States bound by the Fiscal Compact (the euro area plus Bulgaria, Denmark and Romania).</p>
<p>2020</p>
<p>February</p>
<p>Economic governance review</p> <p>Commission presents review of EU economic governance and launches debate on its future</p>

Quelle: Europäische Kommission¹³¹

¹³¹ Europäische Kommission, Timeline: The Evolution of EU Economic Governance